

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Verbreitung, Neue Graubauerstr. 5/6
und durch Anzeigen zu begünstigen.
Preis vierteljährlich Mfr. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mfr. 2.50,
frei ins Haus Mfr. 2.92,
mit keine Post am Ort, Mfr. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inhaltsgeld
berührt für die einzelne
Colonne oder deren Raum
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereine und
Versammlungs-Anzeigen
15 Pfennige.
Auswärtige Inserate 35 Pfg.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Erpedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206

Nr. 132.

Breslau, Freitag, den 9. Juni 1911

22. Jahrgang.

Kapital und Arbeit in der chemischen Industrie.

Zu den von der modernen Entwicklung am meisten begünstigten Gewerben gehört die chemische Industrie. Im Jahre 1882 hat sie erst 72 777 Arbeiter beschäftigt; im Jahre 1907 dagegen schon 172 411 Personen. Im Laufe von 25 Jahren hat die Arbeiterzahl um rund 140 Prozent zugenommen, während in derselben Zeit die Arbeiterzahl der gesamten Industrie Deutschlands um 33 Prozent zugenommen ist. Parallel mit dem rasanten Wachstum geht die Konzentration im Großbetriebe. Von 1885 bis 1907 stieg die Zahl der Betriebe um 2 Prozent, die der Großbetriebe, mit mehr als 50 Arbeiter, aber um rund 30 Prozent. Unter den Großbetrieben haben sich wiederum die riesigen Unternehmungen ausgebildet, die bis zu 8000 Personen beschäftigen. Die herrschende Unternehmungsform in der chemischen Industrie ist die Aktiengesellschaft. In den Betrieben, die im Besitz der Aktiengesellschaften sind, waren im Jahre 1907 61 426 oder rund 40 Prozent aller Arbeiter der chemischen Industrie beschäftigt. Neben der ungeahnten Entwicklung und der hohen Konzentration kommt noch hinzu, daß die Verengung in Kartellen und Syndikaten, welche die Hochhaltung und Steigerung der Preise zum Zweck haben, in wenig anderen Industrien so ausgebildet ist, wie in der chemischen. Der Einfluß dieser Vereinigungen auf die Preise ist sehr stark; es kommt nicht selten vor, daß nach Gründung eines Syndikats der Preis eines Produktes um 100 Prozent steigt.

Ein Charakteristikum der chemischen Industrie Deutschlands ist die glänzende Rentabilität. Es gibt in Deutschland keine andere Industrie, die so hohe Gewinne abwirft, wie diese. Nach den Zusammenstellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes betrug im Jahre 1909 die Durchschnittsdividende aller Aktiengesellschaften Deutschlands in Industrie, Handel und Verkehr 7,38 Prozent; bei den Aktiengesellschaften der chemischen Industrie aber 14,03 Prozent. An der Spitze stehen wiederum die großen Fabrikanten, die eine Durchschnittsdividende von 20,49 Prozent verteilen.

Von 1882 bis 1907, also in 25 Jahren, ist bei den Aktiengesellschaften der chemischen Industrie der Arbeitslohn pro Arbeiter von 750 auf 1125 Mark oder um 49 Prozent gestiegen. In derselben Zeit stieg aber der an die Aktionäre verteilte Gewinn von rund 1 1/2 auf rund 82 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung um 614 Prozent. Wird der verteilte Gewinn umgerechnet auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter, so wurden 1882 auf jeden beschäftigten Arbeiter 581, im Jahre 1907 aber 1330 Mark Gewinn ausgeschüttet. Das ist eine Steigerung um 129 Prozent. Die Gesamtsumme der in 25 Jahren von den Aktiengesellschaften ausbezahlten Dividenden aber beträgt rund eine Milliarde Mark. Neben diesen ausgeschütteten Dividenden wurden noch rund 200 Millionen Mark Reserven angehäuft. Und ungezählte Millionen wanderten in die Taschen der Aufsichtsräte. Das sind berausende, märchenhafte Gewinne!

Aber das glänzende Bild hat eine düstere Rückseite. Dieser Tage ist ein Buch erschienen, „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“, welches vom Fabrikarbeiterverband herausgegeben wurde. Der Verfasser dieser Schrift, Genosse Schneider, zeigt uns, daß in derselben Industrie, die ungezählte Millionen alljährlich über wertige Bestände ausschüttet, die der Menschheit wertvolle Waffen gegen Krankheit und Tod liefert, Hunderttausende von Arbeitern verkümmern in freudlosen, ewig grauen Einsamkeit der Altagstron, nur unvollkommen geschützt gegen Not und Sorgen, von tausend Gefahren umgeben, oft qualvollem Stechtum und frühem Tod verfallen. Wie groß die Krankheitsgefahr in der chemischen Industrie ist, wie hoch sie alle anderen Industrien überragt, beweist Genosse Schneider durch ein reichhaltiges Material, das er mit sehr großem Fleiß in seinem wertvollen Buche zusammengestellt hat. Einige Angaben wollen wir demselben entnehmen. Die Ergebnisse aller Betriebskrankenkassen Deutschlands sind mit solchen aus der chemischen Industrie zusammengestellt. Auf 100 Mitglieder entfallen für die Zeit von 1905 bis 1907 pro Jahr:

	Erkrankungsfälle	Krankentage
alle Gewerbe zusammen	47,00	865
Gummifabriken	55,98	1038
Anilin- und Anilinfarbenfabriken	70,88	1212
Weißbleichfabriken	76,63	1430

Die Krankengefahr in diesen Giftstätten ist also eine enorme. Und doch geben diese Zahlen noch kein genaues Bild darüber, denn in der gewissenlosesten Weise suchen die Unternehmer die Krankheitsziffer gering erscheinen zu lassen. Viele Unternehmer lassen die gefährlichsten Arbeiten z. B. das Entleeren und Behängen der Oxydierkammern in den Bleiweißfabriken nicht von ständigen, sondern von Zufallsarbeitern, sogenannten „Passanten“ vornehmen. Sanktwerksburschen, die man von der Herberge holt, und andere Arbeiter, die für einen verhältnismäßig hohen Lohn mal einen oder zwei Tage für jede Arbeit zu haben sind,

gehen in die Giftstätten, nicht ahnend, daß sie für diese paar Mark in sehr vielen Fällen ihre Gesundheit ruinieren oder gar den Tod finden. Diese Leute wandern dann mit dem Gift in ihrem Leibe weiter und fallen anderen Pässen zur Last. Der Arbeiterwechsel ist in solchen Fabriken ein außerordentlich hoher. Die Breslauer Gewerbeinspektion berichtete für das Jahr 1904, daß eine Fabrik, die durchschnittlich 67 Arbeiter beschäftigte, in einem Jahre 3959 Arbeiter annehmen mußte. Bei einem anderen Unternehmer wechselte die Belegschaft 13 Mal im Jahre. Aus diesen Beispielen geht hervor, daß durch derartige Praktiken der Unternehmer die Gesundheit gänzlich vernichtet, welche freibeständigen Raubbau die Giftbudenbestitzer mit der Volksgesundheit treiben.

Auch die Unfallgefahr in der chemischen Industrie ist um ein vielfaches höher wie in anderen Gewerben. Besonders häufig entstehen die Unfälle durch Säuren und ätzende Stoffe, die den menschlichen Körper schrecklich entstellen. Schneider veranschaulicht das durch einige Photographien, die uns allerdings kaum den tausendsten Teil des Elends und Jammers anzeigen. Wir sehen da durch Bleivergiftung verkrüppelte Hände, die fast wie Klumpfüße aussehen, durch Säuren schrecklich entstellte Gesichter, zerfressene Kiefer, der Zähne beraubte Mundhöhlen, durch Chlor, Chrom, Chinin und Phosphor hervorgerufene ekelhafte Geschwüre usw. Empörung muß den Menschen paden, wenn er diese grauenhafte Menschenvernichtung sieht. Erbarmungslos lassen die chemischen Kapitalisten die Arbeiter in den gefährlichsten Betrieben für ein Kammerlohn 12stündige Arbeit, ja sogar 24stündige Wechselnichten verrichten. Dieser Struppellosigkeit müßte Einhalt getan werden durch besseren Ausbau der Arbeiterschutzgesetze und strenge Ueberwachung derselben. Die Festsetzung eines kurzen Normalarbeitstages ist unbedingt notwendig.

Der Verfasser der genannten Schrift bringt reichhaltiges Material herbei, als Beweis, daß je kürzer die Arbeitszeit desto geringer die Krankenziffer und die Zahl der Unfälle. Wiederholt hat der Fabrikarbeiterverband an die Spitze der Regierung und des Parlaments angelockt, besseren Arbeiterschutz und Beseitigung der 24stündigen Wechselnichten in den chemischen Betrieben verlangend. Dasselbe tat auch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage. Doch geschahen ist seitens der Regierung bis jetzt nichts. Einen schlichten Versuch machte wohl die Regierung, indem sie im Jahre 1908 einen Entwurf zur Einschränkung der 24stündigen Wechselnichten in der chemischen Industrie den Unternehmern zur Begutachtung einreichte. Am 14. September desselben Jahres nahmen die Goldfürsten der Chemie Stellung hierzu, jammerten über die „sozialen Lasten“ und legten ein veto gegen den Entwurf ein: „Der Wegfall der 24stündigen Wechselnichten sei praktisch unmöglich.“ Dieser Einspruch der Scharfmacher war der Regierung Befehl, denn sie ließ ihren Entwurf sofort in der Versenkung verschwinden. Durch das Festhalten an der langen Arbeitszeit begehen diese Proben einen Frevel, ein Verbrechen an der Volksgesundheit. Doch das macht ihnen keine Strupel. Der Profit ist ihnen heilig; um diesen bangen sie!

Daß die Verkürzung der Arbeitszeit in der chemischen Industrie leicht möglich und durchführbar ist, zeigen ja die fabelhaften Gewinne, die diese Industrie ihren Besitzern abwirft. Aber wie die Erfahrung lehrt, bangen diese Herren überhaupt zu unrecht um ihren Profit, denn die Verkürzung der Arbeitszeit wirkt nicht ungünstig ein auf die Rentabilität eines Unternehmens, da die Leistungsfähigkeit der Arbeiter dadurch gesteigert wird. Von den vielen Urteilen aus bürgerlichem Lager über die günstige Wirkung der Arbeitszeitverkürzung, wollen wir hier nur eins anführen. In der chemischen Fabrik in Engis in Belgien wurde die 10stündige Arbeitszeit zunächst auf 8, und dann auf 7 1/2 Stunden verkürzt. Die Direktion berichtet darüber folgendermaßen:

Infolge der Einführung der achtsündigen Arbeitszeit nahm bei uns die Leistungsfähigkeit der Arbeiter von Tag zu Tag zu. Nach sechs Monaten wurde in 7 1/2 Stunden völlig ausgenutzte Arbeitszeit die gleiche Leistung erzielt, wie früher beim zehnstündigen Arbeitstag. Sichtlich wirkte die kürzere Arbeitszeit auch auf den Gesundheitszustand der Arbeiter ein. Während die Krankenkasse vor dem mit Defizit arbeitete, erzielt sie jetzt Ueberschüsse. Der Krankenkassenverbrauch ging zurück, die Krankenzeit hörte völlig auf.

Der Fabrikarbeiterverband macht sich an eine große Kulturarbeit heran, wenn er dieser Tage in ganz Deutschland die Proleten der Giftstätten zum Kampfe aufruft, um die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit aufzustellen. Neben einer kürzeren Arbeitszeit ist ferner notwendig, daß die Arbeiter in solchen Fabriken gute und kräftige Nahrung in reichem Maße zu sich nehmen, um den Körper gegen die mörderischen Gifte einigermaßen gesett zu machen. Doch die Forderung ist eine, die in der chemischen Industrie gezahlt werden, reichen dazu bei weitem nicht aus. Laut Bericht der chemischen Berufsvereinigungen für das Jahr 1909 betrug der Durchschnittslohn eines Dollarbeters 1185 Mark. In der Sektion Schlesien betrug der Durchschnittslohn gar nur 877 Mark. Der

schlesische Giftstättenarbeiter wird am schlechtesten entlohnt; er arbeitet im Jahre um 258 Mark billiger, wie seine Leidensgenossen anderer Gegenden. Das sind außerordentlich niedrige Löhne, die dringend einer Aufbesserung bedürfen. Mögen die Arbeiter daher dem Kampfesruf ihrer Organisation folgen; mögen sie auch dessen eingedenk sein, daß die chemischen Dividendenjäger der Arbeiterschaft niemals mehr Recht, mehr Freiheit freiwillig gewähren, sondern daß ihnen dies im harten Kampfe abgerungen werden muß.

Politische Uebersicht. Bürgerliche Demokratie.

Während die fortschrittliche Presse die fünfzigste Wiederkehr des Jahrestages feierte, an dem die Deutsche Fortschrittspartei gegründet worden war, hielt die Demokratische Vereinigung in Gotha ihren dritten Parteitag ab. Die Existenz und Entwicklung dieser kleinen, aber regstamen Gruppe bildet eine beständige Aufgabe gegen die kümmerlichen Epigonen der Waldeck und Ziegler, denn nie wäre die Abzweigung dieser Gruppe und ihre Konstituierung als selbständige Partei erfolgt, wenn nicht der Antiliberalismus in allen Fragen des freiheitlichen Ausbaues unserer preussisch-deutschen Zustände traurig versagt hätte. Der Austritt der Barth, Gerlach, Gaeble, Breitscheid aus der Freisinnigen Vereinigung war die unmittelbare Folge der liberalen Blockade, der Ausdruck der Ueberzeugung, daß ein bürgerlicher Liberalismus, der wirklich noch liberale Ziele verfolgt, seinen Anschluß nur links an die großen Massen der Sozialdemokratie, nicht aber rechts an die herrschende Junkerclique nehmen dürfe. Und weil sich die Herren Biener, Kopisch, Fischbeck, Paschke u. nicht gern an die Zeit erinnern lassen, in der sie unter des Herrn v. Seydebrand Fahne marschierten, darum werden sie heute noch blaß und rot, wenn ein bürgerlicher Demokrat in ihrer Nähe auftaucht.

Der Zusammenbruch des Bülowblocks und die darauf folgende erzwungene Linkslenkung der Fortschrittler hat die Aussichten der bürgerlichen Demokratie stark beeinträchtigt. So wie man mitunter von der Sozialdemokratie sagt, daß sie von den Fesseln ihrer Gegner lebe, so kann man mit noch viel größerem Recht sagen, die Demokratische Vereinigung lebt von den Fesseln der Fortschrittlichen Volkspartei. Darum sind Ereignisse, wie das famose Weiskensfelders Stimmwahlbündnis und die Abstimmung der Fortschrittler über die Reichs-Versicherungsordnung für die Demokraten Wind in ihre Segel. Aber solche Ereignisse sind seit dem Blockbruch bis in die neueste Zeit, in der sich der alte Blockfreistän wieder selber gefunden hat, verhältnismäßig seltener gewesen als früher. Wenn es der Demokratischen Vereinigung trotz dieser Ungunst der politischen Konjunktur gelungen ist, ihren Mitgliederbestand seit dem Vorjahr von rund 8000 auf rund 11.000 zu vermehren, so beweist das, daß das begründete Mißtrauen auch nicht-sozialdemokratischer Kreise in die Standfestigkeit des bürgerlichen Liberalismus trotz alledem noch im Wachsen begriffen ist.

Abgesehen von dem immerhin bemerkenswerten Wachstum der jungen politischen Gruppe scheinen zwei Umstände beachtenswert. Einmal die Mitteilung des Schriftführers Dr. Glaser, daß ein großer Teil der wohlhabenden Mitglieder der Partei den Rücken gekehrt, seit sie auf ihrem vorjährigen Parteitage ihr sozialpolitisches Programm verschärft habe. Die Demokratie, fügte Herr Dr. Glaser mannhaft genug hinzu, könne aber vor Geldsack-Interessen nicht Halt machen, sondern müsse es vor sich von „Salondemokraten“ reinlich zu scheiden. Wenn die Demokratie vor Geldsack-Interessen nicht Halt macht, dann — so möchten wir diesen Gedankengang weiter fortsetzen — muß sie ganz von selber sozialistisch werden und dort ankommen, wo die Sozialdemokratie seit fünfzig Jahren steht. Auch den Klassenkampf an dem Punkt muß die Demokratie begreifen lernen, da sie es jetzt doch am eigenen Leibe erfährt, was der Klassenegoismus der Besitzenden bedeutet und wie notwendig es ist, das Klassenbewußtsein der Besitzlosen gegen ihn auszuspielen.

Dann aber, dies der zweite, besonders bemerkenswerte Umstand, tritt das Interesse, das die Privatangehörigen an der bürgerlichen Demokratie nehmen, stärker als bisher in den Vordergrund. Wir finden heute die Leiter zweier großer Angestellten-Verbände, Herrn Lüdemann und Herrn Schubert, neben den „älteren“ Führern Breitscheid, Gerlach usw. an der Spitze der bürgerlich-demokratischen Bewegung, und es ist anzunehmen, daß sich die dreitausend neu gewonnenen Mitglieder hauptsächlich aus der sozialen Schicht der Privatangestellten rekrutieren. Das ist eine Erscheinung, die auf beiden Seiten, rechts und links von der Demokratischen Vereinigung, zu denken geben sollte. Zweifellos entwickelt sich in der Welt der Privatangestellten eine geistige Bewegung, die von den alten bürgerlichen Parteien los will und nach klarerer Betonung sozialer Forderungen auf dem Gebiet der Politik, wie insbesondere auch der Sozialpolitik hinstrebt. Ein deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband von sozialdemokratischer Färbung würde heute, bestünde er nicht

Leider schon, kaum mehr begründet werden können, und er sollte sich seine Mitglieder noch viel rascher los werden, hielte er sie nicht mit dem Tellerreisen seiner Vereinsstatuten gewaltig fest.

Die politische Radikalisierung der Privatangestellten muß aber auch die Sozialdemokratie sehr interessieren. Die Sozialdemokratie kann es natürlich nicht gerne sehen, wenn eine soziale Schicht, die eigentlich zu ihr stehen müßte, sich auf dem Boden einer anderen Partei politisch zu organisieren beginnt.

Es ist eine recht lehrreiche Erscheinung, die der politische Mikrokosmos der jungen Partei zurzeit darbietet. Die Kapitalisten gehen, die Privatangestellten kommen! Und was jene vertritt, das radikale sozialpolitische Programm, zieht diese an!

Wenn man nach solchen Erfahrungen die Frage stellt, ob eine demokratische Partei in Deutschland möglich sei, kann die Antwort nur lauten: Die Demokratie wird sozialistisch sein, oder sie wird nicht sein!

Die Reichseinnahmen im Jahre 1910.

Nach der jetzt vorliegenden endgültigen Uebersicht über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren im vorigen Rechnungsjahre ergibt sich gegenüber der gegen Ende April d. J. veröffentlichten vorläufigen Berechnung eine Mehreinnahme von 22 Millionen Mark. Während damals die gesamten Einnahmen auf 1477,2 Millionen Mark angegeben wurden, stellen sie sich jetzt auf 1499,2 Millionen Mark.

Die Zölle, deren Einnahmen sich noch um 4 Millionen Mark höher gestellt haben, als im April angenommen war, haben 600,3 Millionen Mark eingebracht und zeigen damit gegenüber dem Voranschlag von 631,9 Millionen Mark einen Ueberschuß von 31,4 Millionen Mark.

Die offiziöse Presse feiert das günstige Finanzergebnis natürlich mit überschwänglichem Lob für die Schöpfer der Finanzreform. Die Rekrise der Medaille, die in anhaltender steigender Teuerung, in einer empfindlichen Schädigung all jener Geschäfte, die von den neuen Steuern berührt werden, in Arbeitslosigkeit und ruindösen Produktionsstörungen besteht, die wird wohlweislich nicht aufgezeigt.

Die Beamten über die Reichsversicherungsordnung.

Ueber die Reichsversicherungsordnung, die vorige Woche vom Reichstag erledigt worden ist, äußern sich die „Deutschen Nachrichten“, das offizielle Blatt der deutschen Beamten, die über den Verdacht der grundsätzlichen Feindschaft gegen die bestehende Regierung und Ordnung gewiß erhaben sind, folgendermaßen:

„Das Gesetz ist nun — ein schönes Dokument wirtschaftlicher Selbstsucht und eines unerhörten Mangels an sozialem Gewissen — in dieser Gestalt Wirklichkeit geworden. Die Landarbeiterin ist eine junge Mutter zweiter Klasse. Sie muß, kaum genesen, zur Fron heran, damit ihre Arbeitgeber ein paar Mark in bar erparen.

Die Beratung und Gestaltung dieses Gesetzes muß jedem Wähler klar gemacht haben, daß er seine wahren Freunde und Vertreter nur unter den Sozialdemokraten zu suchen hat, denn die Nationalliberalen und selbst die meisten Freijünglichen haben dem arbeiterfeindlichen Gesetz zur Annahme verholfen.

Die Altersgrenze.

Die Berliner Politischen Nachrichten führen aus, von der demokratischen Presse werde der Versuch unternommen, die Bemerkungen des württembergischen Ministers v. Fischer gegen dieses gesetzerberückende Gesetz zu fruchtbarisieren, und zwar namentlich in Bezug auf die Bemerkung des Ministers, daß er die Herabsetzung der Grenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre gewünscht hätte.

Die Nachwahlen zum Reichstage.

Die Nachwahlen zum Reichstage dürften bis auf eine für den verstorbenen Abg. Kirch-Düffeldorf als abgeschlossen gelten. Seit den Neuwahlen im Januar 1907 haben im Reichstage 45 Nachwahlen stattgefunden.

Die Sozialdemokratie gewann 2 und verlor 2 Mandate, die Nationalliberalen gewannen 3 und verloren 6 Mandate, die Konservativen verloren 4 Mandate, die Wirtschaftlichen Vereinigung verlor 3 Mandate, keine Partei haben ein neues Mandat nicht erobert, das Zentrum gewann 1 Mandat und verlor 1 Mandat.

Der Zentrumsverlust liegt vor der Reichsfinanzreform, der Verlust aber nach ihr. In den Liberalen wird ein Verlust von 3 Mandaten zu erwarten sein, die vielen Landtagsnachwahlen in Süddeutschland bewiesen.

Die Doppelmandatare.

Bei der Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen wird von den Parteiorganisationen Wert darauf gelegt, die Zahl der Doppelmandatare zu vermindern, da das System der Doppelmandatare zu großen Schäden im Gefolge hat. Während die kleinen deutschen Landtage fast keine Doppelmandatare mehr besitzen, ist auch in letzter Zeit die Zahl der Doppelmandatare im preussischen und bayerischen Landtage erheblich zurückgegangen.

Die Sozialdemokratie Sachsens hat bisher Doppelmandatare durch Parteibeschluß verhindert, in den süddeutschen Staaten dagegen haben wir mehrere Abgeordnete, die ihren Landtagen und dem Reichstage angehören.

Motzkoller.

Der nationalliberale Waldeshuter „Mittelschlesier“ hat das Präsidium des Militärvereins-Verbandes etwas spöttisch daran erinnert, es wisse doch recht gut, daß in Baden unter dem Zeichen des Blodes bei Stichwahlen viele Mitglieder der Militärvereine schon für einen Sozialdemokraten gestimmt hätten und das gegebenen Falles wieder tun würden.

Diese beschreibende Anfrage, wie sich die „vielen jungliberalen Reservoffiziere“ zu der Resolution des Kynhäuser-Bundes des Deutschen Kriegerverbandes stellen, durch die den Mitgliedern verboten wird, die sozialdemokratische Partei bei Haupt- oder Stichwahlen durch ihre Stimme zu unterstützen, wenn sie die Mitgliedschaft des Kriegervereins beibehalten wollen, verweist die „Deutsche Tageszeitung“ in einen Lobhudeleffekt.

Die Reichsversicherungsordnung ist jetzt Gesetz geworden.

Für die Arbeiterwelt, besonders für die Sekretariate und Bureaus der Arbeiterorganisationen ist der Wortlaut des Gesetzes unentbehrlich. Deshalb hat der Reichstagsabgeordnete Gustav Voß, Mitglied der Reichstagskommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung eine Textausgabe der Reichsversicherungsordnung mit Erläuterungen herausgegeben.

Wer tat's?

Roman von Konrad Tilmann.

Er wollte aufhören, sie in ihre Schwestern zurückzuführen, ihr hier vor aller Welt den Herrn zeigen. Aber er schämte sich plötzlich. Es kam ihm vor, als hätte er Serafina eben beschuldigt, sie vor diesen Leuten hier beschimpft. Und schließendlich es ja niemand etwas an, wie sie beide miteinander standen, sie konnten das unter sich ausmachen. Vielleicht hätte er sich auch vor ihr. Die leichte Trunkenheit, die ihn befallen hatte, machte ihn schwach. Und dann: eine Frau, wie Serafina! Was konnte man sich von der nicht alles denken! Denn sie doch zur Mederina geworden war.

Gefühl durcheinander. Und Serafina sprach nichts. Warum sprach sie nichts? Glaubte sie etwa, er sei betrunken? Warum nicht gar! Denn er's gewesen wäre, dies Kreisen seiner Gedanken war immer den einen gleichen Mittelpunkt hätte ihn wahrhaftig wieder abwärts gewandt, — eine Sorge!

„Du bist ein Schwein!“ sagte er plötzlich. „Du bist ein Schwein!“ sagte er plötzlich. „Du bist ein Schwein!“ sagte er plötzlich. „Du bist ein Schwein!“ sagte er plötzlich. „Du bist ein Schwein!“ sagte er plötzlich.

Die „Reichen-Verhöhnung“. Gegen das Feuerbestattungsgesetz oder vielmehr gegen die „Reichenverhöhnung“, agitiert die „Germania“ mit der ihr eigenen Bissigkeit immer weiter. Sie veröffentlicht jetzt eine Zuschrift von „geschätzter Seite“, in der folgendes ausgeführt wird:

Das Wort Toleranz läßt sich auch mißbrauchen. Wir mußten uns bei dem Mißbrauch, der mit dem Worte Toleranz getrieben wird, an die Erzählung eines Herrn erinnern, dem es vergönnt war, den Kronprinzen auf seiner Reise in Indien zu begleiten. Er berichtet von einem Volksstamm, welcher die dort allgemein übliche Leichenverbrennung als brutale Gewalttat verabscheut und der Natur selber die Auflösung überläßt. Durch eine Oeffnung in einem Mauervorwerk schiebt man den Leichnam auf ein dahinter liegendes großes Leichenfeld, und von allen Seiten stürzen sich alsbald vollkommene Eier gegen die Leiche, um in ihrer Art den Auflösungsprozess zu besorgen. Geschmackvoll, nicht wahr? Doch die englische Regierung toleriert diesen Brauch. Was aber heute auf Indien beschränkt ist, das könnte bei der Schwärmerlei für alles Exotische ebensogut wie die Leichenverbrennung morgen aus Indien importiert werden. Dann werden die Zeitschrift „Der Geier“ und einige Dugend Vereine im Namen der Toleranz die Leichenverbrennung fordern und die altfränkischen Kräfte, die sich dann noch nach der Urväter Sitte heerdigen lassen, werden auch hierbei zu den Kosten der notwendigen Anlagen beitragen sollen. Dem „tolerant“, wie sie nun einmal ist, wird die Regierung gewiß nicht zögern, auch diesen Andersdenkenden gesetzlich das Recht zu sichern, sich nach ihrer Fasson bestatten oder vielmehr verschmaulen zu lassen. Oder doch?

Es geht von einer durch Haß blind gewordenen Logik, gegen die fakultative Feuerbestattung in Preußen einen indischen Brauch ins Feld zu führen. Man ein Volk, man ausübt, der die Feuerbestattung als brutale Gewalttat verabscheut. Gerade die Feuerbestattung soll ja verhütet werden, daß die Leichen, um mit jener geschätzten Seite zu sprechen, von den Würmern „verschmaulert“ werden.

Der zweite Thüringer Jugendtag fand während des Pfingstfestes in Weimar statt. Ueber 600 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen waren aus den größeren Orten der Thüringer Vaterländer zusammengekommen. Die staatlichen und städtischen Behörden hatten nach verschiedenen Verhandlungen die Museen, ferner das Schiller- und Goethehaus zum unentgeltlichen Verleih für die jugendlichen Arbeiter freigegeben, aber ganz ohne Nadelstiche ging es nicht ab. Ein Festzug war erlaubt, aber das Tragen roter Abzeichen war verboten! Ein Kranz mit roter Schleiße und einer entsprechenden Widmung durfte auch am Schiller- und Goethehäuschen niedergelegt werden, aber — diese Widmung mußte eine stumme bleiben, denn eine Ansprache am Denkmal war verboten.

Die Verfassung Elsas-Lothringens. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz der Verfassung Elsas-Lothringens und das Gesetz über die Wahlen zur Zweiten Kammer des Landtags für Elsas-Lothringen. Das erwähnte Gesetz tritt hinsichtlich seiner Bestimmungen über die Bildung des Landtags mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft, im übrigen an dem durch kaiserliche Verordnung festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Januar 1912. Das zweite tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Lothringische Franzosen. In Frankreich ist für Samain, den Vorsitzenden der aufgelösten Mejer Lorraine Sportive, eine Sammlung veranstaltet worden, die angeblich 50 000 Franks ergab. An den Pfingstfeiertagen wurden französische Pfingstkränze verteilt, die in dürftigen Versen Samain verherrlichen und in denen es u. a. heißt: „Tyranen zittert und Du, Kaiser, unter Deß ist unauslöschlich!“ Große Liebe hat sich also das deutsche Regiment bei den Franzosen Lothringens ebensowenig erobert wie bei den Polen und Dänen.

Harzer Jatho hat dem Berliner Spruchkollegium auf dessen ausdrücklichen Wunsch unter dem 15. Mai eine zweite umfangreiche Abhandlung zukommen lassen, in der er seinen religiösen Standpunkt und seine Ansicht über das Spruchkollegium noch einmal auseinandersetzt.

Ausland.

Ein Land verschluckt.

Für das riesenhafte angewachsene Privatkapital der Goldkönige Nordamerikas gibt es keine Unmöglichkeit mehr, soeben melden die Blätter, daß ein Finanzsyndikat sich die Herrschaft über die Republik Guatemala angeeignet hat. Es heißt da:

„Das American Mining and Development Syndicate“, hinter welchem der nordamerikanische Milliardär und frühere Senator Clark stehen soll, erklärt triumphierend, daß es ihm nunmehr gelungen sei, die sämtlichen Einkünfte von Guatemala unter seine Kontrolle zu bringen, mit anderen Worten: das genannte Syndikat wird die Republik künftighin als sein Eigentum betrachten und ganz allein „ausnützen“. Die Nationalversammlung der Republik von Guatemala hat dem Syndikat in den letzten Tagen alle die Konzessionen übergeben, die eine deutsche Gruppe seit langer Zeit haben wollte und deren Konturierung das genannte amerikanische Syndikat fürchtete. Das Syndikat hat das ausschließliche Recht erhalten, alle Wasserwege zu übernehmen und auszunutzen ebenso alle Eisenbahnen und Straßen, die Telegraphen und Telephonleitungen, die bisher der Republik gehörten. Das Syndikat braucht der Regierung, der Republik nur zehn Prozent von dem Profit abzugeben, welchen es aus allen diesen Ressourcen zieht. Eine einzige Bedingung ist in dem Kontrakt, nämlich, daß das nordamerikanische Syndikat alles, was es zu nehmen gedenkt, innerhalb der nächsten drei Jahre übernommen haben muß; nachher kann es keine Ansprüche mehr erheben.

Wie man sieht — kauft das Kapital ganze Länder aus und unterwirft sie seiner Ausbeutung. Bis es den Völkern zu toll wird und sie diese Drohnen abschütteln, um sich ihr Geschick selbst zu gestalten.

Der neue Albaner-Aufstand.

Die Mirditen, der mächtigste Stamm der Albaner, hat sich, wie schon kurz gemeldet, gegen die türkische Herrschaft erhoben. Sie proklamieren die Autonomie Albanien und ernannten eine provisorische Regierung. In Cetinje herrscht die Ansicht, daß sie mindestens 10 000 Mann ins Feld schicken können. Sie wohnen in fast unzugänglichen Gebirgsdörfern und bewachten seit Jahrhunderten ihre Unabhängigkeit, trotzdem die Türken die größten Anstrengungen machten, sie zu unterdrücken. Die Mirditen sind römische Katholiken. Seit einigen Wochen war eine geheime Bewegung unter ihnen zu bemerken, ohne daß sie jedoch bestimmte Partei gegen die türkische Regierung ergreifen; sie weigerten sich jedoch, auch den Vorstellungen ihres früheren Oberen, Prenk Bib Doda, und des Abtes, Mgr. Bruno Dochi, Gehör zu schenken, die ihnen Unterwerfung empfahlen. Die Revolte kommt jetzt allerdings etwas spät, da die übrigen Gebirgsbewohner ihre familiären Hilfsquellen erschöpft haben, aber die Türken werden nichtsdestoweniger große Mühe haben, den Aufstand zu unterdrücken. Jedenfalls sieht man auch hier wieder, daß der katholische Kirchenglaube vor gemaltamen Empörungen nicht zurückhält.

Der Armanenangriff auf Alessio wurde durch 1000 Mann ausgeführt, von denen nur 400 gut bewaffnet waren. Der Rest hatte Faden, Patagons und Revolver. Logot Schefet Pascha konnte bisher nur zwei Bataillone in die gefährdete Gegend absenden. Im Winkel Stuttgart richteten die Aufständischen bisher durch das Niederbrennen von Kälernen und Wachthäusern einen Schaden von 20 000 türkischen Lira an. Der Sultan ist auf seiner Reise inzwischen in Salonik angekommen.

In der italienischen Kammer brachte der Republikaner Chleja einen von 11 anderen Abgeordneten der äußersten Linken unterstützten Antrag ein, die Kammer solle die Regierung auffordern, eine energische internationale Aktion für die Anwendung des Artikels 23 des Berliner Vertrages auf Albanien herbeizuführen. Der Artikel sieht die Einführung ähnlicher Reglements vor, wie sie für Kreta bestehen und auch für andere Teile der europäischen Türkei.

Verwerfung vor dem Tode.

Alles, was die schärfsten Feinde der christlich-sozialen Partei früher an Angriffen gegen dieses Gedächtnis rüchdiger Kleinbürger, fleischer Massenbewegung und skrupelloser Demagogie gerichtet haben, wird jetzt überboten durch die Offenherzigkeiten, die jetzt die Führer dieser Partei von einander ausperlen. Was man sonst als laide Verständnislosigkeit für geschäftliche Bedingungen des politischen Lebens ansah: die Erwartung, daß diese Partei nach dem Tode ihres Führers raschem Zerfall überliefern ist, ist buchstäblich Wahrheit geworden. Und besonders kennzeichnend ist dabei der Fräuleinbruch schmügeliger Korruption, wie man ihn sonst nur in Rußland oder Amerika gewohnt ist. Der Wiener Parteiführer Gemanu, den nach der von ihm selbst fabrizierten Legende Lueger zum Nachfolger bestimmt haben sollte („Gemanu, halt mir die Leut' zusammen!“), ist völlig unmaßgeblich geworden. Die Kandidaten der eigenen Partei verwarfen sich gegen jede Gemeinschaft mit ihm oder erklärten mit deutlicher Bezugnahme auf Gemanu und seinen werden Kollegen Diehlolawel, daß — im Gegensatz zu anderen — sie reine Hände hätten, keine bezahlten Kämmer geschäftlich hätten und ähnliches. Was in jeder halbwegs gesunden Partei als eine Selbstverständlichkeit erachtet, durch deren Erwähnung man den Betroffenen beleidigen würde, das ist hier der Ehrentitel, mittels dessen man sich um das höchste Volksamt, das Reichratsamt, bewirbt. Und dabei sind es natürlich nicht alles strenge Statone, die da nun stolz an die Brust schlagen. Mancher ist, der eben nicht an die volle Schüssel hat gelangen können, mancher, dem man „nichts beweisen“ kann. Den Gemanu und Genossen aber kann man nur alsbald betreiben: die schmügelige Sammlung von Klemern für sich und seine Verwandten, und vor allem die „zur Hebung des Mittelstandes“ gegründete Baukreditbank, ein rein privates, mit Gemanu-Gebühr gegründetes Institut, dem man für seine Pfandbriefe die Unbeständigkeit verschafft hat und das seinem Herrn nicht weniger als 30 Prozent Dividende abwirft. Neulich hat Diehlolawel in seiner Person den Mittelstand gerettet, so Gemanu, Mann, den man wegen offen erwiegenen Raubensdienstes hoi fallen lassen müssen, und viele andere. Der Tisch stinkt vom Kopfe, hieß es jüngst in einer christlichsozialen Versammlung. Die „Arbeiter-Zeitung“ meint mit Recht, daß er überall stinkt. Gemanu grimmigster Gegner ist Bergani, der Eigentümer des christlichsozialen „Deutschen Volksblatt“. Zur Berichten wieder Berganis Gegner von dessen Ständerregister. Die „Reichspost“ nennt den laienhaften Rat Berganis einen „Spekulanten an der christlichsozialen Volkshebung, finanziellen Ausbeuter der Begeisterung anderer, gierigen Schmarotzer“ etc. etc. Sie gibt an, er habe sich von dem Tischchen Dr. Dyl mit 3000 Kronen die politische Haltung seines Blattes bezahlen lassen. Er habe sich vor der Kommunalisierung der Wiener Straßenbahn mit 200 000 Kronen zur geschäftlichen Befähigung dieses Luegerischen Planes „gewinnen“ lassen. Bei der Baukreditbank habe er Zuteilung von Aktien und einen Verwaltungsratsposten gefordert, und als er sie nicht erhielt, die Bank durch einen Revolverjournalisten, der dann mit acht Monaten bestrahlt wurde, aufs schlimmste angreifen lassen. Das sind doch herrliche Leistungen eines Mannes, der „öffentliche Meinung“, noch dazu patriotische und christliche, macht. Das schmeckt aber ist wieder, daß dieselben Parteiführer, die nun Berganis alle Sünden bekanntmachen, mit demselben Manne, den sie so genau kannten, bis vor kurzem brüderlich zusammensahen, daß noch bei den letzten Gemeinderatswahlen die beiden Bürgermeister, Minister Weiskirchner, früherer Minister Gemanu, Prinz Reichstein, einen Aufruf für seine Wahl erlassen haben. Sie sind alle einander wert!

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Kohärenzsucht im christlichsozialen Lager riesig wächst. Die städtischen Arbeiter haben die Partei verlassen, die für ihre Wahlhilfe nie mit Brutalitäten bezahlt hat. Die Klein-gewerbetreibenden haben den Elst an den Leuten bekommen, die seit fünfzehn Jahren den Mittelstand dadurch „retten“, daß sie die Volkslasten stetig vermehren und dabei selbst zu reichen Leuten mit Aktien und Automobilen geworden sind. In Massen-Versammlungen jubeln die früheren Anhänger der schwachen Antisemiten den früher gebildeten und verhältnismäßig Sozialdemokraten zu, die ihnen nie versprochen haben, die aber stets einen kraftvollen Kampf gegen Volksbedrückung und für sozialen Fortschritt versprochen und vor allem ihr Wort ehrlich gehalten haben. Man muß an die alte Erzählung aus Athen denken, wie ein Demagoge zu einem ehrlichen Volksmann sagt: „Wenn das Volk rasend wird, wird es Dich zerreißt!“ „Möglich“, antwortete der, „aber Dich zerreißt es, wenn es wieder zur Vernunft kommt.“ Uebrigens: welcher glänzender Beweis für die Unfehlbarkeit der einzig wahren kirchlichen Moral, diese stinkende Zersetzung der frommen christlichsozialen Partei!

Das neue Regiment in Portugal. Der republikanische Wahlsieg stellt sich noch weit überwältigender heraus, als die ersten Nachrichten ergaben. Wie dem „Reuß“ aus Lissabon berichtet wird, haben trotz der Sicherheit des Ergebnisses mindestens 65 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt. Die Monarchisten haben sich nicht beteiligt, müssen also ihre etwaigen Anhänger in der weniger als ein Drittel der Stimmberechtigten tragenden „Partei der Nichtwähler“ suchen. In Porto erhielt die sozialistische Liste rund 900 Stimmen neben 18 500 Stimmen der Regierungspartei. Ganz wenig fehlte, daß sie nach dem Proportional-system einen Vertreter erhalten hätten. Die Nationalversammlung wird mindestens Vierhundert Regierungsanhänger zählen. In Lissabon ergielten diese über 35 000 Stimmen gegen 1700, die auf andere Listen kamen. Davor betont unter Wenigste die völlige Nähe, in der die Wahlen sich vollzogen, während unter der Monarchie keine Wahl ohne Polizeitragende mit eiaens geschärften Säbeln und Raillerietatzen verlief. Welch schönes Beispiel eines Volkes, das seine Grundrechte erobert hat und sich selbst zu regieren versteht! Die neue Versammlung tritt am 19. Juni zusammen. Sie wird eine große Zahl jüngst erlassener Verfügungen der Regierung zu bestätigen haben. Darunter sind Reformen des Zollwesens, der Währung, Ausbau der Universitäten in Lissabon und Porto, Reformen der Ausübung von Apothekern und Aerzten usw. Die Beschränkung der Zahl der Bäckereien, die z. B. in Lissabon nicht mehr als 500 auf mehr als 400 000 Einwohner betragen dürfen, ist aufgehoben und damit eine wichtige Forderung des Volkes erfüllt worden.

Complot gegen Madero. In Verbindung mit angeblichem Complot gegen Madero und dessen Regime wurde der frühere Vizepräsident der Stadt Mexiko verhaftet. Weitere Verhaftungen hochbetagter Personen sollen bevorstehen. Das Complot soll in New York vorbereitet und über ganz Mexiko verstreut sein. Für die Ermordung des Gouverneurs Gonzales von Chihuahua wurden angeblich 40 000 Dollars aufgebracht. — Ein Teil der Bevölkerung der Stadt Mexiko hat einen großen Empfang für den erwarteten Madero vorbereitet.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Oblau, 7. Juni. Tod durch Blutschlag. In Bolnisch-Steine bei Oblau wurde das vom Felde heimkehrende Posner'sche Ehepaar getötet, während die vor dem Wagen gespannten Kühe verschont blieben.

Schreibersdorf, 7. Juni. Schwere Unfall. Beim Wasserleitungsbaum am Obersee ereignete sich am Sonnabend ein recht bedauerlicher Unglücksfall. Als der Schachtmeister Bogt nach der Ursache eines nicht losgegangenen Sprengschusses nachsehen wollte, entlud sich plötzlich der Schuß und L. wurde im Gesicht schwer verletzt; besonders das linke Auge dürfte verloren sein.

Legnitz, 8. Juni. Zum Klempererstreik. Die Einigungsverhandlungen mit den Meistern gehen nur langsam vorwärts. Nahezu 14 Tage arbeitet schon eine Kommission, ohne Resultate zu erzielen. In den Reihen der Meister spült eben noch der alte Zorngeist und es fällt ihnen schwer, sich der Neuzeit anzupassen. Tarifabschlüsse gehen über ihren Horizont. Vor allem ist es die Firma Steier, deren Werkführer Klose, ein ehemaliger Kollege, es ausgezeichnet versteht, alle Einigungsversuche zu durchkreuzen. Jetzt hat er den vor zwei Jahren als Streikbrecher tätigen Schmied und jetzigen Spießwirt Patselbach, Däumarsstraße, zur Streitarbeit herangezogen. Er leistet nun mit dem Klemperermeister Manasse Hausarbeiten. Für die Ausständigen ist die Situation im allgemeinen recht günstig. 16 Kollegen befinden sich noch in dem Streik und diese sehen dem Ausgang des Kampfes mit Ruhe entgegen. Die Qualität der wenigen Streikbrecher ist so minderwertig, daß von ihnen aus nichts zu befürchten ist.

Legnitz, 8. Juni. Straßenunfall. Ein Väterlehrling kam am Mittwoch auf dem Rade von der Rosenstraße auf die Baumgartenstraße in rasendem Tempo gefahren und fuhr direkt in eine Droschke hinein. Die besetzte Droschke fuhr über das Rad und über beide Weine des Lehrlings. Das Rad war entzweit, die Weine zum Glück nicht. Traurig nahm der unvorsichtige Lehrling das Rad auf seine Schultern und humpelte heimwärts.

Sachsen, 7. Juni. Zwei Gutschöfe durch Blutschlag eingekollert. Am zweiten Pfingstfeiertage brannten im nahen Samitz die Gehöfte der Gutsbesitzer Stempel und Schulz infolge Blutschlages vollständig nieder. Der Blutschlag in die Stempelsche Scheune und kurze Zeit darauf standen beide benachbarten Gehöfte in Flammen. Die Wäster erlitten großen Schaden, da sie mit den Gebäuden sehr niedrig und mit dem Inventar überaus nicht versichert waren. Mehrere Schweine mußten, da sie schwere Brandwunden erlitten hatten, sofort getötet werden. Das andere Vieh wurde gerettet.

Kohlfurt, 5. Juni. Neue Holzbearbeitungsfabrik. Der Bauernbesitzer Herrmann Dietrich veräußerte ziti 25 Morgen Land in der Nähe der Galtstelle an eine Firma Lehmann in Görtlich für den Preis von 150 000 Mark den Morgen. Die Firma beabsichtigt, eine Holzbearbeitungsfabrik herzustellen und die in Görtlich bestehende nach hier zu verlegen, auch hat sie der Bahnverwaltung Garantie über jährlich 900 Eisenbahnmorgen gegeben, die sie im Jahre zu verladen geben, wenn eine Nachabestelle hier am Orte eröffnet wird. Da die schon bestehenden Geschäfte ebenfalls große Mengen entladen und verladen, so ist der Bau der Abstellstelle ziemlich gesichert.

Petersdorf, 7. Juni. Aufführung der Indusrie. Die Verwaltung der im Niederdorf seit Jahresfrist eingerichteten Glasfäden- und Seidenindustrie beabsichtigt, den Betrieb ihres Establishments erheblich zu erweitern. Die Arbeiten sollen zum 1. Oktober in Angriff genommen werden. Jetzt sind hundert Arbeiter in der Fabrik beschäftigt; die Zahl soll auf 200 bis 250 vermehrt werden.

Neusalz, 8. Juni. Mißgeburt. Eine dem Schlosser Jüttner, Auguststraße 3 wohnhaft, gehörige Hsin warf zwei Junge. Das eine von ihnen besitzt nur zwei Vorderpfoten. Die Hinterbeine fehlen vollkommen. Dabei ist das Tier lebhaft und mobil und sonst besser entwickelt als das normal gebaute vierbeinige.

Reiffe, 7. Juni. Schadenfeuer. In der Nacht von Sonntag zu Montag brannte das in Rochus bei Reiffe gelegene Establishement „Weidmannsruh“ vollständig nieder. Die einzeln anwesende Meißner Feuerwehr konnte sich des Wassermangels halber nur auf die Erhaltung der Lichtanlage beschränken. Es wird Brandstiftung vermutet. Der neue Wirt hatte die Lokaltitäten erst vor kurzem pachtweise übernommen.

Sachsen, 8. Juni. Bei dem letzten Gewitter schlug der Blitz in der Nähe der Kroschke Wäse in eine Wiese an der Przemja. Der Blitzstrahl bohrte zuerst ein etwa drei Meter langes Loch, erschien dann wieder an der Oberfläche, nahm seinen weiteren Weg in mehreren Zickzacklinien über die Wiese, riß dabei auf eine weite Strecke eine Kante heraus und sprang dann ins Wasser. Dabei spritzte eine starke 5 bis 8 Meter hohe Wasserfäule auf. Auch zerplatzten infolge des Luftdruckes in dem danebenliegenden Waderfischen Hause die Fensterscheiben. Durch den Blitzzschlag waren eine große Menge Fische betäubt, sodas sie wie leblos auf der Oberfläche des Wassers schwammen.

Posen, 8. Juni. Eine große botanische Seltenheit weist zurzeit der hiesige Botanische Garten auf: eine blühende Dorantide Palmeri. Es sind dies exotische Pflanzen, die im Jahre 1873 von William Bull eingeführt wurden, der sie von dem Superintendenten des Botanischen Gartens in Brisbane, M. Walter Hill und von G. Damjan aus Sidney erhielt. Bull fand sie auf einer botanischen Expedition im Jahre 1860 auf einem schmalen Gebirgsfische von Queensland. Es ist dies die dritte Pflanze in Europa, die eine Blüte zeigt. Die erste Blüte wurde im Jahre 1894 in Genf, die zweite 1907 in Gartzow bei Hannover und die dritte jetzt endlich in Posen gesehen. Es ist eine besondere Eigenartlichkeit dieser Pflanze, daß sie unmittelbar nach der Blüte zu Grunde gehen, ein Schicksal, welches auch der untrigen bevorsteht. Unsere Pflanze gelangte vor 12 Jahren in den Besitz der Stadt-Gartendirektion, nachdem sie vorher 18 Jahre in hiesigem Privatbesitz gewesen ist. Sie hat also das respectable Alter von 30 Jahren. Die Farbe der Blüte ist schön leuchtend orange-rot. Die Blätter sind laufig grün und von fester Beschaffenheit. Man findet die Pflanze unmittelbar rechts neben dem Betonhause, wenn man mit dem Gesicht zu demselben gemendet steht.

Brandverursacher: Emil Reuß. — Rebellien und Revolution: Neue Gewerkschaften. — Befehl von Oberst Götze. — Druck von Dr. Götze, G. a. S. P. — Druck in Berlin. — Pflanzung in Götze.

Aus der Geschäftswelt.

Die unglückliche Vorzeit ist es, wenn Säuglinge an der Mutterbrust genährt werden, weil sie hierdurch die ihnen zuzurechnende Nahrung erhalten und am besten vor Verdauungsstörungen, Diarrhöe, Darmkatarrh geschützt bleiben. Kann aber eine Mutter ihrem Neugeborenen diese Wohlthat nicht erweisen, so gebe sie „Nestlé“ als Zusatz zur Kuhmilch, denn „Nestlé“ hat sich schon in Tausenden von Fällen auf die beste Weise bewährt und bildet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften ein vorzügliches Nahrungsmittel für gesunde und kranke Kinder.

10. Bundestag der Arbeiterturnvereine.

Hannover, den 6. Juni 1911.

Dritter Verhandlungstag.

Zunächst sei hier kurz das vom Redakteur Wilbrandt gehaltene Referat über „Jugendturnen und Jugendturnverbote“ skizziert. Redner schilderte die Schikanen, die dem Arbeiterturnbund seitens der Regierungen von der preussischen, sächsischen, bayerischen bis hin zu den kleinen und kleinsten Staaten zugefügt werde. Heute seien die Verfolgungen schlimmer als je, sie dürften wohl kaum schlimmer zu Zeiten des alten Turnpaters sein gewesen sein. Eine ganze Anzahl Vereine habe das Feglingsverbot bekommen, trotzdem der § 17 des Vereins- und Versammlungsgesetzes es zulasse, daß jugendliche Personen gesellschaftlichen Veranstaltungen eines politischen Vereins teilnehmen; allerdings nur als Zuhörer, nicht als Mitglieder. Der Arbeiterturnbund sei aber kein politischer Verein und treibe keine Politik; er verfolge vielmehr den Sport und betreibe die Leibesübungen. Daß die politische Bestimmung der Mitglieder, soweit sie zu denken vermögen, sozialistisch sei, das sei noch erwidert, habe aber nichts mit dem Turnbund an sich zu tun. Der „Deutschen Turnerschaft“ führe man entgegen, daß sie die Schüler durch die Schule zu und zwingt sie gegen 15 Wk. Weizsäcker dort zum Turnen, dagegen belege man Fortbildungsschüler, die im Arbeiterturnbund turnen, mit Strafen. Obgleich man genau weiß, daß das Jugerturnen nicht verboten ist, kann man nach dem Entscheid des höchsten Gerichtshofes die Rationen, die von 1834 nicht mehr zu Recht besteht. Aber was kümmert dieser Entscheid den preussischen Minister.

Vorläufig gebe es kein Rechtsmittel um dieser ungesetzlichen Behandlung entgegenzutreten, man solle daher auf einen Schiedsgerichtlichen gehen und die Verbote in den Papierkorb werfen, um dadurch vor dem Strafgericht zu kommen und ein entzweigtes Urteil zu bekommen, damit den Subjektiven des preussischen Kultusministers wie den übrigen Behörden wirksam entgegengetreten werden könne.

Am weiteren verweist Redner auf die Art der Agitation, die der Verein „Volkswohlfahrt“ unter der Führung des Herrn Dr. einige Nichtturner für die Agitation unter der Arbeiterbewegung.

Ueber das Fraueturnen sprach Turnlehrer H. H. Schmidt, ihre Ausführungen begründeten folgende Forderungen, die nach einem Beschluß des Bundestages zu einem Beschlusse vorarbeiten werden sollen:

1. Regelmäßig betriebene allseitige Leibesübungen wie sie im demüthigen Turnen gelehrt werden, sind für beide Geschlechter im gleichgewichtigen und unerschütterlichen Bestandtheil der körperlichen Erziehung.

2. In gerechter Würdigung dieser Erkenntnis haben alle Vereine die Pflicht, wo es irgend mit Aussicht auf Erfolg geht, durch Gründung und Erhaltung von Frauenabtheilungen für die Ausbreitung des Fraueturnens mit gleichem Eifer Sorge zu nehmen, wie für das Männerturnen.

3. Ein jeder Turngenosse ist darüber aufzuklären, daß das für ihn körperlich und geistig höchst segensreiche Turnen auch für seine weiblichen Angehörigen von gleichem Nutzen ist. In dieser Erkenntnis ist jeder verpflichtet seinen Einfluß auszubüßen um immer mehr Frauen und Mädchen zum Turnen zu bewegen.

Eine Debatte findet hierüber nicht statt.

Am Dienstag früh behandelte dann Koppich (Turnwart) die Wettturnfrage, er meinte, daß in dieser Frage wohl schwerlich eine Einigung zu erzielen sei, da bei den Freunden wie bei den Gegnern dieser Art ein gewisser Fanatismus herrsche; er wolle daher versuchen Brücken zu schlagen und Wege zu finden, wodurch die Auswüchse des Wettturnens beseitigt würden. Das Wettturnen habe ohne Zweifel viel Licht, doch auch Schatten, so sei das Jagen nach Preisen gelehrt, abstoßende Bilder des menschlichen Ehrgeizes zu zeichnen. Tagern könne man wohl kaum etwas gegen ein vernünftiges Wettturnen haben, da darin ein gewisser Anreiz liegt etwas Gutes zu leisten, und leider sei dieser Anreiz bei einer großen Anzahl Turngenossen sehr notwendig, da die Erkenntnis von dem hohen Wert der Leibesübungen noch nicht voll zum Durchbruch gekommen sei.

Nur der einleitenden Debatte plaken die Geister im heiligen Wettturn aufeinander, wobei die Freunde des Wettturnens das Feld behaupten, indem durch namentliche Abstimmung mit 80 gegen 61 Stimmen das Wettturnverbot aufgehoben wird; doch wird mit 115 gegen 28 Stimmen beschlossen, daß weder Kränze noch Diplome beim Wettturnen verabsolgt werden dürfen.

Die Beratung der zum Statut gestellten Anträge zitierte die Annahme einiger reaktionärer Änderungen und Bestimmungen. — Die Delegation zum Bundestag soll in Zukunft nach folgender Form erfolgen:

Jeder Kreis wählt auf 1500 Mitglieder einen Delegierten, Bruchtheile über 750 einen weiteren. Kreise mit starken Turnvereinsabteilungen müssen auf je 1500 Turnvereine eine Delegation entsenden. Zum mindesten ist eine Turnerin zu entsenden, wenn mehr als 750 Turnvereine in einem Kreise vorhanden sind. — Die unbesoldeten Vorstandsmitglieder haben in Zukunft nur das Recht sich durch einen aus ihrer Mitte auf dem Bundestag vertreten zu lassen.

Alle Anträge auf Ansbau der Unterrichts-Einrichtungen des Bundes werden abgelehnt, doch sollen Unfälle beim Winter-sport als Unterrichtsverbrechen gelten.

Die Regelung der Gehälter soll in Zukunft nach folgender Norm geschehen:

Das Grundgehalt der Beamten beträgt 2100 Mark und steigt bis zum 15. Jahrestage auf 2900 Mark, das der Hilfsbeamten 1900 und steigt auf 2700 Mark und das Kontorpersonal soll mit 1500 Mark anfangen und bis 2200 Mark steigen. Für die Markthelfer gelten die Tarife ihrer Gewerkschaften. Die Ferientage der Beamten beträgt 14 Tage, die aller übrigen Beschäftigten je nach Dauer ihrer Beschäftigungszeit 6 bis 12 Arbeitstage. — Bei Neuanstellungen sollen die Mitglieder des Bundes zunächst berücksichtigt werden. — Als Geschäftsführer des Bundes werden Bachhaus und Dietrich wiedergewählt. Gar-nisch als Bundesvorsitzender wird ebenfalls wieder bestätigt. Als Turnwart werden Koppich und Wenedt und als Kassierer Schubert, Leibsta und als Bundesauschubsvorsitzender Kluge als Treuhänder gewählt.

Der nächste Bundestag soll in Mannheim abgehalten werden. — Der Vorstand wird beauftragt, Schritte zur Schaffung eines eigenen Heims zu unternehmen. Damit sind die Arbeiten des 10. Bundestages erledigt.

Arbeiterbewegung.

Secunderer Streik und geplante Aussperrung im Schuhmacher-gewerbe von Groß-Stuttgart.

In Groß-Stuttgart haben die ausständigen Schuhmacher-gehilfen den Kampf nach achtwöchiger Dauer abgebrochen: von einer Weiterführung war ein besseres Resultat nicht mehr zu erwarten. Daß der gewünschte Erfolg nicht erreicht werden konnte, kommt vor allen Dingen auf das Konto der Christlichen, die seitens der Inhabenden der Arbeiter vertreten. Obwohl sie dem Zentralverband mitgeteilt hatten, gemeinsam mit ihm in eine Lohnbewegung einzutreten zu wollen, richteten sie zur gleichen Zeit, vielleicht gar am gleichen Tage, die Mitteilung an die Meister, sie seien willig, nach dem alten Tarif weiter-zuarbeiten. Als die Kollegen vom Zentralverband in den Aus-handlungen, schlossen die Christlichen mit den Meistern einen „Tarif“, der die Forderungen gegen die bestehenden Lohnsätze enthielt. In ihrer Sachverhalte rühmten sie diesen Tarif als erste Errungenschaft, erklärten, für sie bestes in Zukunft sein, sozusagen aus dem Christlichen christlich organisierte Streikbrecher heran und verlangten schließlich, bei den Unterhandlungen zur Beilegung des Streiks — der für sie ja gar nicht bestand — müßten sie unter allen Umständen vertreten sein. Selbst die Meister erklärten, sie begriffen nicht, was die Christlichen bei den Unterhandlungen dreuzureden hätten, bestanden aber trotzdem auf Zuziehung der Christlichen. Die Inhabenden gingen schließlich darauf ein, nachdem die Meister die eindeutige Zusage gegeben hatten, über den christlichen Tarif hinaus Zugeständnisse machen zu wollen. Als es dann zu Unterhandlungen kommen sollte, verweigerten die Meister weitere Zugeständnisse: der christliche Vertreter stellte sich auf die Seite der Meister und verteidigte besonders die Positionen, die eine Verschlechterung gegen die jetzigen Lohnsätze bringen. Die Meister verlangten nun, daß sich auch der Zentral-verband für vier Jahre auf den mit den Christlichen vereinbarten Tarif festlege, andernfalls wird mit Aussperrung gedroht. Die Arbeiter werden sich dieser Forderung unter keinen Um-ständen fügen. Zugun von Schuhmachergehilfen nach Stuttgart ist streng fernzuhalten.

Die Aussperrung der organisierten Bauhölzer in Siegnitz geht weiter. Während sechs Betriebe die Forderung der Arbeiter anerkannt haben, lehnen die übrigen noch jedes

Einige entkommen ab. Dinge-Elemente, die sich beim letzten Klavierarbeiterstreik einheimisch gemacht hatten, jetzt aber von den Klavierfabrikanten wegen zu „guter“ Leistungsfähigkeit an die Luft gesetzt werden, sind auch jetzt den Bauhölzermeistern, und besonders Herrn Lenke, unentbehrlich geworden. Zugun von Tischlern ist darum noch immer fern zu halten!

Zum Zweck im Braunkohlenrevier. Auf der Grube Stadt Görlich in Rosfurt hat sich die Situation insofern verändert, als von jetzt ab sämtliche Arbeiter, die mit der Kohle-gewinnung zu tun haben, ausländisch sind. Ein Anschlag des Direktors, der um Fortsetzung der Arbeit ersucht, blieb ohne Wirkung. Am Freitag beschäftigt sich das Stadtverordnetenkollegium in Görlich mit der Sache. Die Aussichten für die Arbeiter sind außerordentlich günstig. Es kommen etwa 100 Arbeiter in Frage.

Christliche Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Siegnitz und Waldenburg i. Schl. Die Brauereiarbeiter in Siegnitz und Waldenburg arbeiten bisher unter einem Lohn-tarif, welchen die Unternehmer mit einer Anzahl gelber Arbeiter vereinbart hatten. Die Mehrheit schloß sich dem Verbands der Brauerei- und Mälzereiarbeiter an. Der von den Gelben vereinbarte Tarif, welcher bis 1914 bei schlechtesten Bedingungen Gültigkeit haben sollte, wurde durch den Abschluß eines Vertrags mit dem Verbands aufgehoben. Der nunmehr mit dem Verbands der Brauerei- und Mälzereiarbeiter vereinbarte Tarif brachte den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer halben Stunde täglich, Befreiung der Sonntagsarbeit von 2-3 Stunden, erhöhte Vergütung der Ueberarbeit sowie 2-3 M. Lohnerhöhung pro Woche. Sollte nicht der Verband energig die Aufhebung des von den Gelben vereinbarten schlechten Tarifs gefordert und durchgeführt, so müßten die Arbeiter weiter bis 1914 darunter leiden.

Mit der Genossenschaftsbrauerei in Waldenburg wurde ein ähnlicher Vertrag vereinbart, welcher die nämlichen Verbesserungen vorsieht. In Frage kommen 120 Personen.

Beendigung des Berliner Bäckerstreiks. In einer Mit-gliederversammlung der Berliner Bäcker wurde eine Resolution angenommen, durch die wegen des günstigen Standes der Bewegung der Streik für beendet erklärt wird. Von den 3400 in Preuss kommenden Bäckereien, in denen im ganzen 6300 Stellen beschäftigt waren, haben 2220 Bäckereien mit 4633 beschäftigten Stellen beivilligt. Während der letzten Zeit haben sich täglich etwa noch 300 Streikende zur Kontrolle gemeldet. Die Versammlung spricht der Berliner Arbeiterbevölkerung für die Unterstützung im Kampfe ihren Dank und ihre Anerkennung aus und erachtet die Bevölkerung um weitere Unterstützung im Kleinstkampf, damit die erlangenen Vorteile dauernd bewahrt bleiben, noch vorhandene Mißstände endgültig beseitigt werden und vor allem der erkämpfte Ruhetag erhalten bleibe. Den Verbändenmitgliedern wird zur Pflicht gemacht, die Organisation weiter auszubauen.

Am Freitag wird die letzte Streikunterstützung zur Aus-zahlung kommen. Der Kleinstkampf gegen die Betriebe, die nicht beivilligten, soll in verschärfter Form weitergeführt werden. Man erwartet, daß in aller nächster Zeit 5000 Gesellen unter den neuen Bedingungen beschäftigt werden.

Aus der Fleischergefellensbewegung. Einen schwierigen Kampf haben die Fleischergefellens um ihr Koalitionsrecht zu führen. Schließen sich einige Fleischergefellens dem Verbands an, sofort wird von den Meistern das schwerste Geschick auf-geladen. Verhütet ein Unternehmer gegen den Streik zu lösen, so wird er beim Bezug der Rohprodukte (Fisch etc.) und beim Verkauf der Nebenprodukte (Knochen, Häute minderwertige Fette usw.) geschädigt. Außerdem wird durch Konventionalstrafen verurteilt, die Meister einzuschüchtern und jede Verhandlung mit der Gefellens-organisation zu vereiteln. Unterstützung finden die Meister durch die von ihnen mit erheblichen Geldmitteln unterstützten Brüdern-schaften. Diese haben sich förmlich zu einer gelben Schutztruppe entwickelt.

Zurzeit wird ein solcher Kampf um das Koalitionsrecht in Bremen geführt. Systematisch wurden die organisierten Ge-fellen aus der Arbeit gedrängt. Die Arbeiterchaft ist durch Beschluß des Gewerkschaftsrates der Fleischerorganisation zu Hilfe

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Drei neue Planeten. Aus Johannesburg meldet ein Telegramm der „D. Kabelgrammgesellschaft“: Auf der hiesigen Sternkarte sind drei neue Planeten entdeckt worden. Der eine davon ist Transvaalia, ein anderer Johannesburgia benannt worden.

Ein Verkehrsmittel für Millionäre. Die englische Schif-fahrtsgesellschaft „White Star Line“ hat soeben ihren zweiten Riesendampfer von Stapel gelassen. Seinen Dimensionen ent-sprechend ist er „Titanic“ getauft. Die „Titanic“ ist 270 Meter lang und 28 1/2 Meter breit. Sie hat ein Displacement von 66 000 Tons, ihre Maschinen entwickeln 46 000 Pferdekraft, ihre Schnelligkeit soll 21 Knoten betragen. Dieses Wunderwerk re-präsentiert die bis jetzt höchste Stufe der Schiffsbaukunst. Es ist vorzuziehen mit Rücksicht auf Komfort als auf Schnelligkeit gebaut. Trotz-dem ist die Schnelligkeit von 21 Knoten tatsächlich nur um 5 Knoten geringer als die durchschnittliche Geschwindigkeit des schnellsten der Ozean-Dampfer, der „Mauretania“. Das Schiff ist 90 Meter länger als die Dreadnoughts und seine Turbinen-Maschinen allein umfassen 420 Tons, d. i. 100 Tons mehr als das Total-Displacement des ersten Dampfers war, der den Atlan-tischen Ozean gekreuzt hat. Bei einer Höhe von 50 Meter ent-hält der Riesendampfer eine ganze Anzahl von in sich abge-schlossenen Etagen. Es kann 5000 Passagiere und eine Mann-schaft von 800 Personen fassen. Eigentlich ist es, wie das Schwester-schiff „Olympic“, ein mit dem größten Komfort eingerichteter schwimmendes Hotel. Für die Kajüten-passagiere ist ein Gartenrestaurant eingerichtet, umgeben von einem Lattengarten, den exotische Schlingpflanzen bekleiden. Ferner sind vorhanden verschiedene Kabinen, eine Reitbahn (2), ein Schwimmbad, eine Galerie mit Kauf-läden, wo Spitzen, Juwelen und andere Dinge feilgeboten werden, eine Rollschuhbahn, ein Tanzsaal, ein Tischbassin für die leibens-schaftlichen Angler, ein Tanzsaal, ein Theater und ein hübscher Garten. Als man 1906 die „Mauretania“ von der Cunard-line in Dienst stellte, schien es, daß damit das Schicksal an Luxus und Größe im Schiffsbau erreicht wäre. Gegen die „Titanic“ wirkt sie heute nicht mehr impotent und welcher Gigant wird aus die „Titanic“ übertreffen?

Der leuchtende Kristall. Von einer hübschen Erfindung, die es ermöglicht, im Finstern zu schreiben, berichtet „Tit Bits“. Es sind in England seit kurzem Kristalle im Handel, an denen ein ganz kleiner Altkontur angebracht ist: sie tragen — am linken Ende — ein winziges Lämpchen, das einen hellen Licht-schein auf das beschreibende Papier wirft.

Aus aller Welt.

Todessturz eines schweizerischen Fliegers. Dienstag Nachmittag ist der Luftfahrer Taddeoli aus Genä, als er in einer Höhe von 200 Metern über der Stadt Lausanne einen Flug ausführte, plötzlich abgestürzt. Der Tod trat auf der Stelle ein. Taddeoli hatte sein Pilotenzeugnis als erster schweizerischer Flieger auf einem Aufzugsweidecker im letzten Herbst erhalten.

Die Sonne als Heilkraft. Die Sonnenstrahlen erwärmen nicht nur das Erdreich, sie geben uns Menschen auch eine ver-jüngende Kraft. Sonnenbäder, Licht- und Luftbäder sind be-kannte Heilfaktoren. Orte, die viel Sonnenschein haben, wie z. B. klimatische Kurorte in der Schweiz und Italien, gelten darum als weit und breit berühmte Destinationen. Der Sonnen-schein belebt den Körper neu und entzieht ihm seine Krankheits-stoffe. Ein erstaunliches Beispiel hierfür bieten, wie wir einer interessanten Notiz des „Bundes für alle“ entnehmen, die Be-wohner im Kanton Tessin. Hundert Ortschaften haben hier an 300 Tagen des Jahres Sonnenschein, einige davon, zum Beispiel Carabbietta und Pentinino, sogar an 225 Tagen. Und die Folge davon? Die Bewohner des Kantons Tessin werden mit wenigen Ausnahmen sehr alt. Unter den 150 000 Einwohnern wurden 6500 älter als 70 Jahre, 150 wurden über 80 Jahre alt. Die Sonne belebt aber nicht nur den Körper, sondern auch das Ge-müt. Ein jeder von uns wird in seiner Seele die bleierne Schwere eines Regentages und die heitere Stimmung seines Herzens an einem sonnigen Frühlingstage empfinden haben. Dann zieht es uns hinaus in Feld und Wald, denn der Sonnenschein lockt ins Freie, er ist unser Arzt und unser Lebens-erhalter.

Tollstois verlassenes Grab. Wie St. Petersburger Blätter berichten, wird schon jetzt die Zahl der Besucher der Grabstätte O. N. Tollstois immer geringer: es vergehen Tage, bis einer oder zwei Besucher sich am Grabe einfinden. Auch die Inschriften an der mit einem verschlossenen Pfortchen versehenen Umzäunung werden seltener. Dafür kommt eine neue Art auf, seinen Besuch an der Stätte zu dokumentieren: die Hinterlassung von Wisen-stücken mit eingebogener Ecke, die von der „Büste“ des Herrn X oder Y Zeugnis ablegen. Diese Visitenkarten werden mit Nadeln am Grabe befestigt. Sie vergilben und verwittern aber schnell genug. Daher sind auch dauerhaftere Inschriften beliebt, die man in die Pflanzen des Baumes oder in die Baum-rinde einträgt. Ein ganzes Stück aus einem Baum hat sogar ein Besucher ausgeschnitten und seinen Namen darauf „verewigt“. Eine Inschrift, die vom 14. April datiert ist, bezieht sich auf die

Obertage und zeigt in einem Oval die Buchstaben K. N. Neben-an hat jemand ein achtendiges Kreuz eingegraben und die Inschrift: „Wie seltsam: auf dem Grabe des großen Christen befindet sich kein Kreuz. Ich stelle es und bete für ihn.“ Auch die Inschrift eines Geistlichen findet sich, deren Inhalt zeigt, daß auch Diener der orthodoxen Kirche sich mit dem Gedächtnis des Verstorbenen auseinandergesetzt haben.

Die Suche nach Richter. Der Tragoman der deutschen Postpost, Dr. Schwäbhel, der, wie berichtet, gestern Abend von Kofinoplos nach sehr beschwerlicher Reise zurückkehrte, erzählte, nach einem Bericht des „Berl. Tabl.“, folgendes: Vom Hafen-platz Kofinoplos erreicht man auf steilem, aber landschaftlich ungewein reizvollem Weg zunächst mit Wagen, dann mit Maultieren über Libadia das Dorf Kofinoplos. Ueberall wurden ich und meine türkische Eskorte, die allmählich auf über dreißig Soldaten angewachsen war, von den Behörden der be-schiedenen Dörfer und der gesamten Bevölkerung feierlich empfangen. In Kofinoplos kamen wir spät Abends an. Das Dorf liegt an einem Abhang des Olymp, an den sich in einer nur wenig entfernten, jedoch vom Dorf aus nicht sichtbaren Schlucht der Ueberfall auf Richter abspielte. In dieser Schlucht hatte sich Richter mit seinen beiden Gendarmen an einer Quelle unterhalb des Waldsaumes zur Raft niedergelassen und photographiert. Als die drei vom Ausflug nach Kofinoplos zurückkehren wollten, fielen sie in einen Hinterhalt der Räuber. Aus den Spuren, die man fand, geht hervor, daß die Räuberbande je zwei und zwei auf eine längere Strecke Weges sich zu beiden Seiten verstreut hatte. Sobald die drei zwischen diese Reihe geraten waren, eröffneten die Briganten ein Feuer auf die Gendarmen. Der eine wurde sofort durch einen Schuß von schräg unten nach oben getötet, erhielt dann aber, noch drei Dolchstiche. Der andere konnte noch vier Schüsse abgeben, wurde dann aber bestialisch durch 15 Dolchstiche getötet. Inzwischen war es Richter gelungen, zu entfliehen. Er sprang im Dickad über die Halbe hinab, die einem Kofinoplos benachbarten Dorfe Szelos zugeordnet ist, an-sich einnehmend, einen Weg im schwierigen Gelände zu finden. Hierbei wurde er von den Räubern eingeholt und gefangen. Diese Szene wurde von den Bewohnern des Dorfes Szelos beobachtet, die durch die 12 bis 15 Schüsse alarmiert worden waren. Von da an fehlt jede Spur von Richter. Jetzt ist das ganze Olympgebiet von Soldaten umstellt, und besonders stark im Verdacht des Räuberwesens oder der Begünstigung stehende Dörfer, darunter Kofinoplos, werden streng bewacht. Nach Angabe der Türken ist ein Ent-werfen der Räuber unmöglich, doch ist, um das Leben Richters nicht in Gefahr zu bringen, von einer Durchsicherung ihrer Ver-folgung vor der Befreiung Richters abzusehen worden. Die Be-

gekommen. Sofort griffen die Meister zum schärfsten Terrorismus gegen ihre Kollegen, die das freie Koalitionsrecht achten wollten. Der Viechbojott wurde aber durchbrochen. Jetzt versuchen die Meister, die Käufer durch allerlei Blafate zu irritieren. Die gut disziplinierte Bremer Arbeiterschaft wird indessen dem Koalitionsrecht der Fleischergesellen in Bremen Achtung zu verschaffen wissen.

Auch in Frankfurt a. M. ist eine Bewegung um Sicherung des Koalitionsrechts im Gange.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Juni.

Die Amtsvorsteher als Agitatoren des Reichsverbandes.

In den letzten Wochen ist die sozialdemokratische Agitation auf dem Lande noch mehr als sonst durch alle möglichen Versammlungsverbote gehindert worden. Die Erklärung dafür ist nicht schwer, wenn man weiß, daß jüngst viele Amtsvorsteher für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gewonnen worden sind. Wie sie für diesen Verband arbeiten, der in der „Bekämpfung“ der Sozialdemokratie an erster Stelle steht, zeigt folgender Bericht, der uns aus Pilsnitz bei Breslau zugegangen ist:

Am 30. Mai tagte in Pilsnitz beim Gastwirt Gelle eine Versammlung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Anwesend war der Amtsvorsteher Dr. Klaus; als Referent war der Reichsverbandsmann Dr. Darr erschienen. Dr. Klaus eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache: „Meine Herren, ich habe Sie eingeladen zu einer Besprechung darüber, ob es notwendig ist, eine Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu gründen, und ich freue mich, daß so viele erschienen sind. (Es waren 60 bis 70 Personen anwesend, darunter acht Genossen.) Und ich glaube, daß alle die Anwesenden Mann's genug sein werden, um vor einer solchen Gründung nicht zurückzusicheren. Aber ein Mann ist in der Gemeinde, den ich einlud, der es aber ablehnte, sich zu beteiligen mit der Begründung, er sei Geschäftsmann und würde sich dadurch schädigen. Ich sage, wenn ein Mann, der an der Spitze der Gemeinde steht, nicht mehr Mannesmut besitzt, so ist das beschämend für die Gemeinde, und wir werden ihm bei der nächsten Gemeindevorstandswahl die Quittung ausstellen.“

Als der Anhang war schon vielversprechend und zeigt den Herrn Amtsvorsteher in seiner ganzen Größe und Würde. Nach ihm nahm der Referent das Wort, der sich nur mit der Sozialdemokratie beschäftigte. Einmal allerdings erwähnte er auch andere Parteien, nämlich als er aufordnete, in den Reichsverband einzutreten. Da war es ihm ganz gleich, zu welchen Parteien seine Mitglieder gehören; denn alle Parteien seien bündnisfähig, nur die Sozialdemokratie und die demokratische Vereinigung nicht, da diese ein zu schmales Streifen von einander zu untercheiden seien. Was die Rede sonst noch brachte, verdient keine Erwähnung, denn es waren die alten Klagen und Sogawergeschichten, womit der Reichsverband die Wähler hinarbeiten wolle, was ihm freilich jetzt weniger als sonst gelingen wird. Der Vortrag des Herrn Darr wurde von einem Teile der Versammelten mit Beifall aufgenommen. Dann wurde die Bildung einer Ortsgruppe beschlossen und der Vorstand gewählt. Wie zu erwarten war, machte man den Amtsvorsteher Dr. Klaus zum Vorsitzenden, der Gemeindevorsteher Zimmer und der Stellvertreter Kästel in Roselwitz bekam das Schriftführeramt und Tischlermeister Bürlein in Pilsnitz den Kassierposten. Die Mitgliederaufnahmen in der Versammlung bestritten die beiden Doktoren Klaus und Darr in eigener Person; es ließen sich etwa vierzig Geschäftsleute und Handwerksmeister aufnehmen. Es ist nicht mit dem Herzen bei der traurigen Reichsverbandssache sein können, haben einige der neuen Mitglieder nachher selbst zugegeben. Wie aber das Mitgliedermachen sonst noch betrieben wurde, ergibt sich aus folgenden: Der Inspektor des Landratsbezirks Dr. Klaus hatte keine Lust, dem Reichsverbande beizutreten. Dr. Klaus fragte den Inspektor: „Geben Sie sich nicht ab, betreten Sie morgen nicht mehr meinen Hof.“ Die Folge davon war, daß sich der Inspektor aufnehmen ließ. Auch Freiberger gab es für die Eingekerkerten.

So wird auf dem Lande für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gearbeitet, und nicht nur in Pilsnitz, sondern auch in vielen anderen Dörfern. Ueberall sind es

die Vorgewaltigen die Versammlungen einberufen und die Agitation persönlich betreiben. Man wendet sich besonders an die Geschäftsleute und Handwerksmeister, von denen man weiß, daß sie abhängig sind und wohl oder übel beitreten müssen. Zuletzt prahlt man in der Öffentlichkeit mit den vielen Mitgliedern des Reichsverbandes. Nun, wo solche Mittel angewendet werden, da wird die hohe Mitgliederzahl verständlich. Keine Gewaltmittel sind es, denen die Reichsverbands-Agitation ihre „Erfolge“ verdankt. Es ist schon unerhört, daß sich Amtsvorsteher dazu hergeben, die Versammlungen einzuberufen und sie zu leiten und alle Vorarbeit zu besorgen; aber dazu kommt noch Terrorismus aller Art, der vor nichts zurückschreckt.

Wir sind gewiß die letzten, die einem Amtsvorsteher verbieten wollen, sich politisch zu betätigen; doch was sich hier ein Amtsvorsteher erlaubt hat, geht gewiß zu weit. Dr. Klaus ist uns schon früher bei Anmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung unangenehm aufgefallen. Seine jetzige Betätigung für den Reichsverband zeigt, daß er sich sehr gut entwickelt hat. Wenn er aber glaubt, der Sozialdemokratie wirklich Abbruch zu tun, so täuscht er sich. Es hat sich schon mancher Amtsvorsteher an den bösen Ruten die Zähne herausgebissen und ist schließlich, wie das Beispiel des Herrn Gura d z e beweist, auf der Strede liegen geblieben. Unsere Genossen in den Dörfern werden dafür sorgen, daß die Päume des Reichsverbandes trotz Amtsvorsteher-Agitation nicht in den Himmel wachsen.

Drei öffentliche Frauen-Versammlungen

lagen heut und Sonntag in der Umgegend Breslaus.

Stein-Tschansch. Donnerstag, den 8. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, bei Ulbricht, Fröh. Wintler (Gerichtskretscham).

Zachwitz. Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 2 Uhr bei Galle.

Krotwitz bei Koberwitz. Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 6 Uhr unter freiem Himmel im Garten des Maurers Kluge.

Auch in diesen Versammlungen wird Genossin Greifenberg aus Berlin sprechen, die als Frau aus dem Volke am besten zu sagen weiß, was den Arbeiterfrauen und Mädchen nottut.

Mit jedem Tage.

Der uns den Reichstagswahlen näher bringt, wird die Notwendigkeit dringender, unsere Reihen zu stärken. Jede Gelegenheit muß zur Agitation für den Sozialdemokratischen Verein benutzt werden. Jeder Klassenbewußte Arbeiter und jede Klassenbewußte Arbeiterin muß es als Pflicht betrachten, die noch schwächeren Klassen Genossen, die der Bewegung fern stehen, zu erwecken, damit sie Mitglieder der politischen Organisation werden. Die politische und wirtschaftliche Aufklärung nach Kräften zu fördern, muß unsere tägliche Arbeit sein. Dieser Aufgabe kann sich jeder Genosse und jede Genossin unterziehen. Jeder kann unsere Parteiliteratur, die „Volkswacht“, verbreiten und auch mündlich agitieren.

Was der Arbeiterorganisation ihre unbezwingliche Kraft verleiht, ist der Geist der Brüderlichkeit, der die Genossen durchdringen und befeuern muß. Nur wenn einer für alle und alle für einen einsteht, kann Großes erreicht werden. So müssen sich also die Unterdrückten und Ausgebeuteten mit Begeisterung und Opferfreudigkeit um das teure Banner der Partei scharen, denn nur dadurch ist das hohe Ziel zu erreichen.

Darum: bleibe keiner zurück. Wer es besser haben will, muß auch mit arbeiten und kämpfen. Wer manche sagen noch: Es muß ja doch nichts! Dabei ist die politische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter ein einziger heftiger Beweis dafür, wie sehr sich die entdrückte und verachtete Arbeiterklasse zu Einfluß und Ansehen emporgeringelt hat. Und jedes neue Parteimitglied verstärkt diesen Einfluß, hilft ihn mehren, erhöht

die Kraft des organisierten Proletariats. Wer deshalb nicht dem Sozialdemokratischen Verein angehört, der schäme länger und trete ein. Die Gegner und unsere Feinde ringeln sich in Stadt und Land auszubauen. Lassen wir uns nicht zu drängen, sondern schaffen wir uns Parteiorganisationen, auch in den kommenden Wahlkämpfen unüberwindlich stehend.

*** Die Volks-Versicherung.** Von einem Leser und Blattes wird uns geschrieben: Eine Versicherung auf den Todesfall oder Erbschaftsfall soll dem Versicherten und dessen Angehörigen wenigstens die größte Sorge für die Zukunft abnehmen. Besonders bei der doch nur die ärmeren Leute versichert sind. In Wirklichkeit kann es aber auch anders sein, wie nachstehender Fall zeigt.

Eine arme, jetzt 74-jährige, erwerbsunfähige Witwe seit über 16 Jahren bei der „Friedrich Wilhelm“ in Breslau im Falle des Todes mit 90,75 Mark versichert ist, so ihre wöchentlichen Beiträge nun nicht mehr bezahlen, und deshalb bei der Direktion der Gesellschaft eine Freipolice zur Zulassung beantragt. Obwohl nun die Frau fast 80 Mark in die Versicherungssumme von 90,75 Mark, also rund 120 Mark Prämien gezahlt hat, bekam sie den Bescheid, daß die Beitragszahlungen einstellen könne, daß man aber die Versicherungssumme auf 46,75 Mark herabzusetzen wird. Die Frau wendet, sie selbst aber diese zusammengesparten Ersparnisse genommen worden wären, garnicht gerechnet. Damit sich nun die Versicherte und deren unvermögende Verwandte die Versicherungssumme von 90,75 Mark sichern, sind sie gezwungen, auch fern die Beiträge zu leisten. Sie vermehren also fortgesetzt den Betrag, den die alte Frau schon über die Versicherungssumme gezahlt hat, vorausgesetzt, daß sie noch am Leben bleibt.

Anstatt, daß die arme Frau an ihrem Lebensabend die Sorge um Zahlung der Beiträge los ist, taucht allwöchentlich die Frage auf, wo den Prämienbeitrag hernehmen, um das für die Begräbnisgeld nicht größtenteils zu verlieren.

Die Versicherung in einem solchen Falle, ist wohl für die Gesellschaft sehr gewinnbringend, nicht aber für die Armen, die sich durch die vielen Beiträge ein einigermaßen anständiges Begräbnis sichern wollen.

Aufklärung tut auch hier not, um die Versicherten vor Schäden zu bewahren.

*** Das Breslauer Volksschulwesen** zählte am 1. Mai 1911 82 evangelische Schulen, davon 40 Knaben- und 42 Mädchen-schulen, 56 katholische, davon 27 Knaben- und 29 Mädchen-schulen mit im ganzen 1185 Klassen. Die Zahl der Knaben betrug 30.936 (19.942 evangelische und 10.994 katholische) und die der Mädchen 36.253 (15.555 evangelische und 20.698 katholische). Außerdem waren noch fünf evangelische und eine katholische gemischte Schulen mit 687 Schülern und Schülerinnen in vierzehn Klassen vorhanden. In 11 Hilfsschulen für schwachbegabte Kinder wurden in 49 Klassen 1176 Knaben und Mädchen unterrichtet. In allen 144 Volksschulen und 11 Hilfsschulen befinden sich in 1290 Klassen 32.750 Knaben und 31.927 Mädchen, insgesamt 64.677 Kinder. An den Volks- und Hilfsschulen unterrichten gegenwärtig 142 Rektoren, 3 Pauslehrer, 775 Lehrer und 370 Lehrerinnen. Außerdem sind für den Unterricht der Mädchen 105 technische Lehrerinnen, 28 Turnlehrerinnen und 20 Hauswirtschaftslehrerinnen angestellt. In den Schulhäusern der verschiedenen Stadtteile sind acht Haushaltungsschulen und Kochschulen untergebracht, in denen die Schülerinnen aus den Oberklassen der einzelnen Schulen an einem bestimmten Tage kochen. Alle Schulen sind in 43 eigenen städtischen Schulhäusern und in 14 gemieteten Grundstücken untergebracht. Die ärztliche Ueberwachung der Volksschüler ist gegenwärtig 32 Schulärzten übertragen.

Zur Anleitung der Schüler aus den Oberklassen im Gartenhaus dienen acht Schulaärten, die auf den Gabisgärten, an der Schönstraße, in der Wärtischen Straße, auf der Pflückerinsel, Lehngärten, Auenstraße, Rankholzweide und Einbaumstraße gelegen sind und in denen mehrere tausend Knaben während des Sommerhalbjahres beschäftigt werden. Für den Unterricht der Stotterer und Stammer sind 28 Kurie mit ebenso viel Lehrern eingerichtet, in denen alle in den Breslauer Schulen (auch in höheren) festgestellten, an Sprachschwierigkeiten leidende Kinder unterrichtet werden. Der Breslauer Verein für Knabenhandarbeit hat vier Arbeitsschulen eröffnet, in denen der Arbeitsunterricht als wahlfreies Fach an den Nachmittagen betrieben wird.

§ Die städtische Heilanstalt für Nerven- und Gemütskranke hatte Anfang des Monats Mai einen Bestand von 186 Kranken; im Laufe des Monats wurden 79 Kranke aufgenommen und es gingen ab mit 4 Verstorbenen 91. Jodaß am Ende des Monats ein Bestand von 174 Personen verblieb.

Weiteres.

Der lebenswürdige Amtsrichter. Die „Jugend“ erzählt folgenden Scherz: Eine verspätete Jungfrau, die schon 30 Jahre vor Gericht. Der Zuhörer war überfüllt. Schauernd erwartete die Jungfrau das Moment, wo sie vor den Richtertisch gerufen und gewiß auch nach ihrem Alter gefragt werden würde. Sie hatte in ihren Freundeskreisen niemals mehr als 24 zugestanden und jetzt sollte sie vor Weiblein und Männlein unter ihrem Eid die 30jährige Wahrheit bekennen!

„Wie alt!“ fragte der Richter.

„24!“ rief sie mit dem Mut der Verzweiflung.

Der Richter schaute; denn sie kam ihm gar nicht mehr so frühlingssmäßig vor.

„Reumut oder Gelfus?“ fragte er lächelnd.

„Reumut!“ lipelte sie errösend.

„Dann stimm's!“ sagte er, sich lebenswürdig vor ihr verbeugend.

Literatur.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. V. Conrady. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche ein Heft zum Preise von 20 Pf. Die Hefte 30 und 31 sind erschienen. Probehefte durch alle Buchhandlungen, Expediteure und Kolporture.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen. Von Dr. S. Rosenfeld. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, soeben ein Führer, der in allen einschlägigen Fragen ein guter Ratgeber sein dürfte. Bei der Verantwortung der in Frage kommenden Gesetzgebung wird er manche Unklarheit beseitigen und dadurch gute Dienste leisten.

Der Inhalt ist folgender: Einleitung. — Evangelisches Kirchensteuerrecht. — Die Steuerpflicht. — Beginn und Endigung der Steuerpflicht. — Grundsätze der Steuererhebung. — Steuerpflicht in gemischten Ehen. — Wehrmittel gegen die Belastung. — Nachforderung von Kirchensteuern. — Verzinsung. — Zwangsvollstreckung. — Anwendbarkeit der Gesetze. — Strafbestimmungen. — Katholisches Kirchensteuerrecht. — Der Austritt aus der Kirche. — Alphabetisches Sachregister.

Der billige Preis von 20 Pf. macht die Anschaffung jeden Arbeiter möglich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expediteure und Kolporture.

woher von Kolumbus erklärt, sie würden zusammen mit den Nachbarn innerhalb 10 bis 15 Tagen Richter selbst wieder herbeschaffen. Da die Käufer auf Zufuhr von Lebensmitteln aus den Dörfern angewiesen sind, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie freiwillig aus Not Richter ausliefern. Die Bande des Lohs und Zamsch bestrebt für gewöhnlich aus wenigen Mann und muß deshalb Zugang aus den benachbarten Dörfern gehabt haben. Deshalb wird es möglich sein, die meisten der Käufer festzusetzen. Einige Bewohner von Kolumbus, die zum mindesten der Ritterschulenschaft am Ueberfall verhaftigt sind, wurden bereits verhaftet. Weitere Rebellen der wegen der Ermordung der Gewerksamen aufs äußerste erregten Dörfern dürften kehrlos, hoch begehrt die Ferkelung einer Verbindung mit Richter, dessen Leben nicht bedroht ist, einige Zeit.

Die Cholera in Konstantinopel. Es sind bis Dienstag fünf Choleraerkrankungen festgestellt worden, davon drei beim Militär. Aus Samjun wird eine Ausbreitung der Cholera gemeldet. Vom 2. bis zum 5. Juni erkrankten 11 Personen, von denen zwanzig starben. Die Regierung hat 30.000 Pfund für die Bekämpfung der Cholera in Samjun ausgemessen. In Samjun sind in der Zeit vom 28. Mai bis 2. Juni 77 Erkrankungen und 45 Todesfälle an Cholera, in Smyrna vom 29. Mai bis 4. Juni 11 Erkrankungen und fünf Todesfälle festgestellt worden.

Schwere Verkehrsunfälle. In der Nähe von Giffaren ereignete sich ein Automobilunglück, bei dem eine große Anzahl von Personen getötet oder verletzt wurden. Ein nach Miranda fahrender Automobilist wurde von einem anderen Automobil angefahren. Von den 16 Insassen des Automobils wurden fünf auf der Stelle getötet und zehn schwer verletzt; nur eine Person ist unbeschädigt geblieben. Auch der Chauffeur des Automobils wurde getötet. — In der Nähe von Paris stießen zwei Straßenbahnwagen zusammen, wodurch ebenfalls eine große Anzahl von Personen verletzt wurde. Einem Telephon zufolge fand der Zusammenstoß am 16. Arrondissement statt. Dort entgleiste ein Wagen der Linie Paris-Boulogne. Im Augenblick der Verunglückung kam auf dem Nebenweg ein anderer Straßenbahnwagen einander entgegen, der mit dem ersten Wagen zusammenstieß. Beide Wagen wurden umgeworfen. Elf Passagiere, die sich in dem Wagen aus Vincennes befanden, wurden durch Glassplitter mehr oder weniger schwer verletzt.

Ergebnis eines Mordes. Eine schwere Verurteilung fand sich am 10. Juni in Halle a. S. ab. Dort überfiel der dreißigjährige Arbeiter Heinrich Heitel eine von ihm getrennt lebende Frau in ihrer neuen Wohnung mit Messererschüssen. Die Frau, die mit einem Blutschind auf dem Kopf lag, wurde

wurde ebenfalls von dem Mörder angefallen. Als er seine Frau mit einem Beil töten wollte, kamen Polizeibeamte hinzu. Der Mörder schrie darauf in ein Zimmer und verbarrikadierte die Tür mit drei Schränken. Die Polizei sprengte die Tür und drang mit drei Polizeibanden vor. Wöchlich sprang der Rasende auf das Fensterbrett, jagte sich eine Kugel durch die Kehle und stürzte sich dann zwei Stockwerke tief hinab. Mit schweren Verletzungen wurde er in die Klinik gebracht. Auch die übrigen drei verletzten Personen mußten in das Krankenhaus übergeführt werden.

Wegen eines Hosenrocks erschossen. Der Hosenrock hat in der rumänischen Hauptstadt ein blutiges Opfer gefordert. Um ihren Prämium zu ärgern, erschien ein Fräulein Rajitski Maroni zur Nachmittagsspende im „modernsten“ Kleidungsstück. Als ihr Prämium Hosenrocke sie kommen sah, zog er einen Revolver und steckte sie nieder. Dann stellte er sich selbst der Polizei. Hier erklärte er, es sei ihm unmöglich, ein Mädchen zu heiraten, das so wenig Scham besitze, daß es sich mit einem Hosenrock auf der Straße zeige. Einem anderen dürfte es aber auch nicht gehören. Daher habe er sie erschossen. Er erwartete gleichfalls den Tod.

500 Schweine verbrannt. In Galbe an der Saale brach in der Bedeckten Schweinemasterei ein Großfeuer aus. Die ein Feuerstamm melde, verbrannten dabei 500 Schweine, 200 andere Schweine erlitten denartige Brandwunden, daß sie von den Feuerwehrlernen erschlagen oder abgestochen werden mußten. Außerdem vernichtete der Feuer weitere 100 Schweine, die wahrscheinlich auch verbrannt sind.

Bekehrung des kapitalistischen Zeitlers. Um den zweiten Jahrestag der Geburt ihres Vardachs zu feiern, hat so werden blühende Blätter, eine kasperliche amerikanische Zeit ein großartiges Gemälde von fünfzig Gebeten gegeben. An der Spitze der Tafel lag auf einem hohen Stuhlchen auf Samtkissen der glückliche Hund. Vor ihm standen eine kostbare silberne Platte mit Süßigkeiten und eine gläserne Tasse mit köstlicher Milch. Rings herum aber lagen mit Brillanten geschmückte Damen in hochgelegenen Toiletten und Herrin in Pracht und weißer Binde. Unter den Gästen lag man auch den berühmten Revellisten Jack London, der sich das Vergnügen machte, mit dem Kaiser ein Stück Kuchen und ein Glas Sinenade zu trinken.

Was ist Kammerweiser: der Japschens, mit dem man unerschütterliche Tiere hat wie Menschen und damit auch die allerschweren Beweismittel haben, aber die Berücksichtigung mit der Krücken sich als Stoffe für solche Tolleiten einer vollkommenen Geschicklichkeit hergeben.

9. Anarchisten-Kongress.

Düsseldorf, 5. Juni 1911.

An den Pfingsttagen fand im alten Gewerkschaftshaus in Düsseldorf der 9. Kongress der Anarchistischen Föderation Deutschlands statt. Die Tagung wurde am Morgen des 1. Pfingsttages mit einer öffentlichen Versammlung, in der Reichold Kahn-Berlin über das Thema: „Was wollen die Anarchisten?“ sprach, eingeleitet. Die Versammlung war von annähernd 250 Personen, darunter etwa 30 Frauen, besucht.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit dem Geschäftsbericht, den Reichold Kahn-Berlin erstattete. Derselbe sagte, daß die letzten Beiträge in sehr bescheidener Weise eingegangen seien. Die Gesamteinnahmen, an denen Berlin, Krefeld, Dresden, Hamburg, Leipzig, Mannheim und Offenbach beteiligt sind, betragen 375,58 Mark, denen 275,58 Mark Ausgaben gegenüberstehen. Der Kassenbestand stellt sich auf 231,44 Mark. Reichold bemerkte hierzu, daß man gerüstet habe, daß das Flugblatt „Was wollen die Anarchisten?“ nicht unentgeltlich geliefert sei. Das sei deshalb nicht möglich gewesen, weil die verfügbaren Mittel nicht reichten.

Am dem Kongress nahmen, nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, 42 Delegierte aus 20 Orten teil. Vertreten waren Berlin, Hamburg, Bremen, Göttingen, W., Gelsenkirchen, W., Münster, Elberfeld, Barmen, Essen, Hannover, Krefeld, Dortmund, W., Griesheim, Düsseldorf, Mannheim, Halle, Leipzig.

Eine lebhafte Diskussion rief der Antrag der Gruppe Jugend (Berlin) des Sozialistischen Bundes: „Wir beantragen, auf die Tagesordnung zu setzen: Wie stellt sich der Kongress zu einer anarchistischen Jugendbewegung?“ herab. Der Begründer des Antrages wies insbesondere auf die sozialdemokratische Jugendbewegung hin.

Kahn-Berlin meinte, daß es nicht so sehr darauf ankomme, die Jugend von vornherein im anarchistischen Sinne zu erziehen, die Hauptfrage sei, daß die jungen Leute im Sinne der modernen Arbeiterbewegung erzogen würden. Die sozialdemokratische Jugendbewegung sei hier wenigstens einseitig ein Vorbild.

Schreyer, Hamburg empfahl, auf die sozialdemokratische Jugendbewegung im Sinne der anarchistischen Ideen zu wirken. In Hamburg habe man mehrfach solche Versuche mit Flugblättern gemacht. — Der Antrag der Gruppe Jugend (Berlin) wurde schließlich durch die einstimmige Annahme einer Resolution, durch die die Geschäftskommission beauftragt wird, sich mit den einzelnen Gruppen wegen der anarchistischen Propaganda unter den Jugendlichen in Verbindung zu setzen, erledigt.

Die Anarchistische Föderation für Hamburg und Umgebung beantragte: „Die Geschäftskommission wird beauftragt, in Abrede eine

Prinzipienklärung über Ziele und Taktik der Anarchistischen Föderation Deutschlands herauszugeben.“ — Auch dieser Antrag löste eine lebhafte Diskussion aus.

Nicolaus, Berlin beantragte im gleichen Sinne: „Die Geschäftskommission wird beauftragt, ein Programm-entwurf auszuarbeiten, denselben rechtzeitig in der Presse zur Diskussion zu stellen und dem nächsten Kongress vorzulegen.“ Kahn-Berlin bekämpfte beide Anträge. Die Annahme der Anträge könne den Eindruck hervorrufen, als ob die Föderation auf eine systematische Zentralisierung hinarbeite. Solche Versuche müßten im Keime erstickt werden. Es werde schließlich die Zeit kommen, daß auch die anarchistische Föderation das Programm festlegen müsse. Im Augenblick solle man aber schon aus taktischen Gründen hierauf Abstand nehmen.

Nicolaus, Berlin wendete demgegenüber ein, daß nur unvernünftige Leute die Annahme der Anträge falsch auslegen könnten. Mit Rücksicht auf die Wirkstoffe innerhalb der anarchistischen Bewegung sei der Entwurf eines Programms notwendig. Es gäbe Anarchisten, die gleichzeitig Gegner und Anhänger des Privatigentums seien. Ebenso stehe es mit der Stellung einiger Leute zum Klassenkampf. Es gäbe sogar Anarchisten, die so tolerant seien, daß sie selbst nicht mehr wüßten, was sie wären.

— Beide Anträge wurden gegen 3 Stimmen abgelehnt. Ueber den Punkt „Presse“ referierte Reichold Kahn-Berlin. „Der freie Arbeiter“ wurde im Geschäftsjahre sechsmal konfiszieren. An Gefängnisstrafen wurden 8 Monate und 23 Tage verhängt. Reichold sagte darüber, daß die Genossen es an der erforderlichen Solidarität hätten fehlen lassen. Der Zeitungsvertrieb sei zum Teil zurückgegangen. Eine Anzahl Mehrbezieher (Abnehmer mehrerer Exemplare) hätte wegen Rückstände gefristet werden müssen. Der Rückgang des Zeitungsvertriebes sei zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie die Kolportage, namentlich in Berlin, planmäßig unterbinde.

Zum Punkt 5 der Tagesordnung referierte Nicolaus, Berlin über die Stellung der

Anarchisten zu den nächsten Reichstagswahlen. Die Ausführungen des Referenten sind in folgender Resolution niedergelegt, die Nicolaus zur einstimmigen Annahme empfahl:

Ausgehend von der durch die Erfahrung bestätigten Überzeugung, daß dem Proletariat durch seine Betätigung auf dem Boden des Parlamentarismus keine Vorteile erwachsen, daß im Gegenteil diese Betätigung einerseits den Staat und die bürgerliche Gesellschaft stützt infolge der Ablenkung der Proletarier von ihren eigentlichen Kampfzwecken, andererseits der Korruption in den Reihen der Wähler wie der gewählten Vertreter Vorschub leistet und den verhängnisvollen Glauben an eine allmähliche Sozialisierung der heutigen Gesellschaft stützt, sowie als unausbleibliche Folge ein Herabfallen zu Reformbestrebungen zeitigt, die nicht über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hinausführen, erklärt der Kongress seine prinzipielle Gegnerschaft zum Parlamentarismus und empfiehlt die strikte Enthaltung der Stimmabgabe bei allen Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften.

Der Kongress bringt gegenüber dem Einwand, die Taktik der Stimmabgabe stärke die Position der Feinde des Proletariats, mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck, daß dieser Einwand nichts anderes darstellt, als eine Phrase, da die Macht der herrschenden Klassen zwar auch in den Parlamenten zum Ausdruck kommt, aber nicht auf diesen, sondern auf dem Privatigentum, dem Militarismus, der Staatsgewalt und der Unwissenheit der Volksmassen beruht.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt der Kongress, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln antiparlamentarische Propaganda in enger Verbindung mit prinzipieller Agitation energisch zu betreiben.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der zweite Verhandlungstag begann mit einer geschlossenen Sitzung der Delegierten, die jedoch nach kurzer Tagung aufgegeben wurde. Die Polizei hatte das Tagungsgelände im letzten Augenblick ausfindig gemacht. Die Anarchisten räumten das Lokal und zogen, von den Polizeibeamten gefolgt, durch verlassene Straßen. Auf dem Wege gelang es den Delegierten,

die nachfolgenden Beamten zu „verfechten“.

Die Sitzung wurde außerhalb der Stadt am Rheinufer fortgesetzt. Die öffentliche Tagung wurde mit einem Referat über den Generalstreik, sein Wesen und seine Bedeutung ein-

geleitet. Der Referent Kahn-Berlin legte die bekannte anarchistische Stellung zum Generalstreik dar. Die Anarchisten wollen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, deshalb verworfen sie — in Konsequenz ihrer Auffassung vom Parlamentarismus — den politischen Massenstreik. Der ökonomische Generalstreik müsse bezwecken, das Proletariat geistig fortzuführen, fortzuführen von den Fundamenten der heutigen Gesellschaftsordnung. Das Proletariat müsse eine destruktive Tätigkeit ausüben. Jede Produktion und Kommunikation müsse für die herrschende Klasse unmöglich gemacht werden. Die Sozialdemokratie übe, wenn auch nicht eine konstruktive, so doch mindestens eine erhaltende Tätigkeit. Demgegenüber müsse der ökonomische Generalstreik zu einer Neuorganisation der Gesellschaft führen. Die Grundlagen der bestehenden Herrschaftsform müßten unterminiert und dann beseitigt werden. Der ökonomische Generalstreik sei ein Mittel, das notwendigerweise diese Fundamente erschüttere.

Im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde nachstehende Resolution mehrerer Delegierten einstimmig angenommen:

In Anbetracht dessen, daß der Kongress den höchsten Ausdruck im Generalstreik findenden ökonomischen Kampf für unbedingt notwendig hält für die Aufklärung des Proletariats; daß er im Generalstreik die einzige Möglichkeit zur Niederwerfung des Kapitalismus erblickt; daß er als Zweck des sozialen Generalstreiks letzten Endes die endgültige Umgestaltung der heutigen Ordnung hält, erklärt der Kongress es für die Pflicht aller Genossen, mit allen Mitteln den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse zu unterstützen, sowie den Gedanken des sozialen Generalstreiks zur Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus zu verbreiten; jedoch erklärt der Kongress es für unbedingt notwendig, bei der Propaganda der Idee des sozialen Generalstreiks nicht stehen zu bleiben, sondern durch Aufklärung über das Wesen des Anarchismus eine Umgestaltung der heutigen Ordnung durch den sozialen Generalstreik in anarchistischem Sinne herbeizuführen.

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Neben der anarchistischen Föderation Deutschlands besteht noch eine Föderation der Anarchisten Rheinlands und Westfalens. Ein Antrag, die rheinisch-westfälische Föderation als Sektion der „anarchistischen Föderation Deutschlands“, unter anderem, als in den Satzungen der letzteren festgelegten Bedingungen, aufzunehmen, wird abgelehnt, obwohl die Antragsteller ihren Antrag mit der umfassendsten Propaganda in Rheinland und Westfalen begründeten. In letztem Jahre sollen in diesem Bezirke mehr als 50 Versammlungen stattgefunden haben.

Eine lebhafte Diskussion rief noch der Antrag Klingers, Elberfeld und Karl Vesper-Dortmund, der diesjährige Kongress möge Klipp und klar seine Stellung zur Gewerkschaftsbewegung, insbesondere zur „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ präzisieren, hervor. Lange und Nicolaus, Berlin, beantragten, mit Rücksicht darauf, daß dieselbe Frage auf den Kongressen in Leipzig 1909 und in Halle 1910 behandelt sei; Uebergang zur Tagesordnung. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Klinger, Elberfeld bezeichnete es als unerhört, daß Anarchisten in den Zentralverbänden, den freien Gewerkschaften, organisiert seien. Demgegenüber seien mehrere Delegierte, daß sie für ihre Ideen viel besser in den Zentralverbänden als in der Freien Vereinigung wirken könnten. Denientgen Genossen, die in diesem Sinne in den Zentralverbänden tätig wären, müßte man das Verbleiben in den freien Gewerkschaften gestatten.

Kahn-Berlin meinte, in erster Linie müsse man Anarchist sein. Der von der Freien Vereinigung angebotene verteilte Syndikalismus sei in Wirklichkeit nichts anderes als Anarchismus auf wirtschaftlichem Gebiete. Mit dem Syndikalismus sei es in der Freien Vereinigung aber nicht sehr weit her.

Der Antrag Klinger-Vesper wird durch eine Sympathie-Resolution für die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften im Sinne der Beschlüsse von Leipzig und Halle erledigt. Als Vorsitzender der deutschen Föderation wird hierauf an Stelle des erkrankten bisherigen Vorsitzenden Rudolf Lange Paul Nicolaus-Berlin gewählt. Der Ort der nächsten Tagung bestimmt die Geschäftskommission.

Obwohl der deutschen Föderation nicht alle Anarchisten angeschlossen sind, so darf man doch wohl sagen, daß die anarchistische Bewegung in Deutschland offenbar zurückgegangen ist. Die sehr bescheidene Beitragsleistung an die Geschäftskommission und der Rückgang der Abonnenten des „Freien Arbeiters“, dürften verheißungsvolles Zeugnis abgeben. Bestimmte Angaben über die Zahl der der deutschen Föderation angeschlossenen Anarchisten wurden aus diesem Grunde vielleicht auch unterlassen. Die Stellungnahme des Kongresses zur Reichstagswahl ist ohne jede praktische Bedeutung, interessant hingegen der Antrag, einen Programmverursach auszuarbeiten. Wemgleich der Antrag auch abgelehnt wurde, so zeigte doch allein schon die Diskussion über denselben, daß auch die Föderation der Anarchisten in die Bahnen der „verwerflichen“ systematischen Zentralisierungen gedrängt werden.

General-Versammlung des Arbeiter-Sängerbundes. Stuttgart, 5. Juni 1911.

Im Saale des Arbeiterheims tagte während der Pfingsttage die zweite General-Versammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Es waren anwesend 80 Delegierte aus 27 Gauen, außerdem der Vorstand und Vertreter der Wiederprüfungs- und Kontrollkommission. Der Gau Schlesien wurde vertreten durch Lohar und Sperberg aus Breslau.

Die Verhandlungen begannen bereits am Festionabend mit einer konstituierenden Versammlung. Die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung fand Annahme, doch wurde beschlossen, die Versammlungsfrage in Würdigung ihrer Wichtigkeit gesondert zu behandeln.

Zu Vorstehenden wurden bestellt Meyer-Berlin und Weitingen-Stuttgart. Die Hauptverhandlungen setzten Sonntag früh ein. Ein Vertreter der Württembergischen Arbeiter-Sänger beglückte die Versammlung. Der Vorsitzende Meyer wies in seiner Eröffnungsansprache auf die erfreuliche Tatsache der inneren und äußeren Entwicklung des Arbeiter-Sängerbundes hin. Gegenwärtig seien in 1600 Orten etwa

2400 Vereine mit über 83 000 Sängern dem Bunde angeschlossen. Darauf entbot der anwesende Obmann des Schwäbischen Arbeiter-Sängerbundes, Hegeler-Zürich, der Versammlung herzliche Grüße. Die Schweizer Sänger verfolgten die Entwicklung des deutschen Arbeitergesanges mit großem Interesse.

Dann nahm die Generalversammlung die **Berichterstattung des Vorstandes** entgegen. Vorsitzender Meyer legte dar, daß der Vorstand in der Zeit der Berichtsperiode 1908/11 ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten hatte. Nach der Kölner Generalversammlung mit ihren wichtigsten Beschlüssen haben sich hier und da Unstimmigkeiten aus der Gausföderung ergeben. So im Harzgau, in Sachsen und in Württemberg, wegen der festen Beiträge. Erfreulicherweise haben aber auch die Schwaben bald den Weg zum ganzen zu

rückgefunden und heute gibt es in Deutschland keine Provinz und kein Land mehr, in dem nicht der Arbeiter-Sängerbund vertreten ist. Die Zahl der Sänger in den Vereinen stieg um fast 20.000. Weibliche Mitglieder sind 7000 vorhanden in Frauen- und gemischten Chören, außerdem sind in einigen Orten auch schon Arbeiter-Kinderchöre gegründet worden. Lieber wurden obligatorisch herausgegeben: 57 Männerchöre, 9 gemischte Chöre, 5 Frauenchöre, außerdem noch eine Reihe von Chören zur fakultativen Abnahme. Die Prüfungskommission begutachtete 273 Kompositionen; nur 67 fanden Drucklegung. Interessant war, was der Berichterstatter des Vorstandes am Schluß sagte über die Bemühungen, ungedruckte Chöre revolutionären Charakters von H. Schumann für die deutsche Arbeiter-Sängerbewegung zu erwerben. Die Bemühungen, die von namhaften Zeitungen der Welt unterflüht und auch von dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris verfolgt wurden, waren leider ohne Erfolg, da der Besitzer die Manuskripte aus prinzipiellen und politischen Gründen nicht ausliefern will.

Der Kassenbericht des Sekretärs Kaiser verzeichnet an Einnahmen 73.398 Mark, an Ausgaben 61.956,42 Mark, so daß sich ein Kassenbestand von 11.442 Mark ergibt. An Beiträgen stehen nach Schätzung etwa 9000 Mark aus, außerdem repräsentieren die Druckplatten und der Notenbestand erhebliche Werte. Das Notenfortiment brachte in kurzer Zeit etwa 1000 Mt. Gewinn.

Für die Kontrollkommission berichtete Schmidt-Leipzig. Sie befaßte sich mit einigen Beschwerden und veranlaßte die Neuerrichtung der Geschäftsführung nach kaufmännischen Grundsätzen. Zu Beanstandungen der Geschäftsführung lag ein Anlaß nicht vor.

Musiklehrer Wuttner-Dresden sprach für die Wiederprüfungskommission. Die Tätigkeit der Komponisten auf dem Gebiete des Arbeiterliedes sei zwar noch nicht ergiebig genug, um die zum Teil hohen Wünsche befriedigen zu können. Aber der Fortschritt sei auch in kompositorischer Beziehung unverkennbar. Die Arbeiter-Sänger müssen mit Geduld der weiteren Entwicklung der sozialen Kunst auch auf musikalischem Gebiet entgegengehen und sollten sich hüten, sie durch Eifer zu fördern. Im übrigen hätte die Prüfungskommission streng aber wohlwollend die Wertung der eingesandten Arbeiten vorgenommen.

Die sozialdemokratische Partei hat ihren Parteisekretär Bullmer zur Teilnahme an den Verhandlungen entsandt und läßt durch ihn Willkommensgrüße übermitteln.

Diskussion über die Berichte wickelt eine große Zahl von Delegierten. Die Tätigkeit des Vorstandes fand Anerkennung, nur die künstlerischen Erfolge des Liedesportals wurden von einigen Rednern als nicht befriedigend erklärt. Sie empfahlen, anerkannte, jetzt nur für bürgerliche Vorträge schaffende Komponisten zur Komposition von geeigneten Chören aufzufordern; dem gegenüber wurde wieder von anderer Seite unter Hinweis auf den Bericht der Rezenten erklärt, daß die kommende Zeit das einwandfreie Arbeiterlied das reife Kunstwerk, schon bringen würde, früher oder später es sei überhaupt fraglich, ob man von Künstlern, die die proletarische Massenbewegung gar nicht in ihrem wesentlichen Kern erfasst hätten, die Schaffung für die Arbeiterschaft wertvoller Kunstwerke erhoffen könnte.

Der Vorstand wurde schließlich entlastet. Zwei Beschlüsse müssen einige Gauen restierende Beiträge für April-Juni 1908 nachzahlen. In dem dann entgegen genommenen Referat Meyers zu der

Verschmelzungsfrage wurden einige interessante Angaben gemacht. Die Kölner Resolution, die Gauen zu verpflichten, auf eine Verschmelzung kleinerer Vereine an einem Orte hinzuwirken, hat erfreuliche Resultate erzielt insofern, als dadurch eine erhebliche Zahl von großen, künstlerisch leistungsfähigen Chören geschaffen worden ist. Besonders schöne Erfolge wurden erzielt in Berlin, Breslau, Chemnitz, Erfurt, Bremen, Hannover, Essen und anderen Orten. Während im Arbeiter-Sängerbunde 1908 nur 19 Chöre mit 90 bis 120 Mitgliedern und 14 mit höherer Mitgliederzahl vorhanden waren, wurden im Winter 1910/11 durch eine Statistik ermittelt 44 Vereine von 80 bis 100 Sängern, 57 mit über 100 Sängern und 16 mit über 150 Sängern. In Berlin wurden die Vereine von 126 auf 54 vermindert; trotzdem stieg die Zahl der Sänger erheblich. Der Referent schließt, daß die bürgerlichen Sänger jetzt mit Recht auf die großen, leistungsfähigen Arbeiterchöre blicken, sollte die Sängere in allen Orten mit mehreren Vereinen veranlassen, der Verschmelzungsfrage ernstlich und wohlwollend näher zu treten.

In der Debatte brachten Redner aus Dresden, Bremen, Thüringen und dem Rheinland zum Ausdruck, daß die künstlerische Leistungsfähigkeit der Arbeiterchöre durch die Verschmelzung gewaltig erhöht wurde. In Frankfurt a. M. führen die Arbeiter-Sänger Judas Macabäus, Dratorium von Pöbel auf, in Bremen bereiten die Arbeitergesangvereine Chöre von Beethoven vor. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der die Kölner Resolution erneuert und den Gauen ausdrücklich das Recht zugestanden wird, solche Vereine, die gegen die Resolution verstoßen, aus dem Arbeiter-Sängerbunde auszuscheiden.

Der zweite Verhandlungstag wurde mit der Erledigung einer großen Zahl von

Anträgen ausgefüllt. Von den angenommenen geben wir hier einige der wichtigsten wieder. Zu den Generalversammlungen wählen die Gauen künftig nur noch auf je 1500 Mitglieder einen Delegierten. Die Sekretäre des Bundes werden fest angestellt. Der Vorstand und die Kontrollkommission haben das Recht, bei weiterer Steigerung der Arbeiten auf dem Hauptbureau einen zweiten Sekretär anzustellen, der auch rednerisch tätig sein soll. Der Harzgau (Halberstadt-Braunschweig) bleibt in seinem jetzigen Umfang bestehen. Ueber die beantragte Teilung des Gaues Bayern soll die Generalversammlung des Gaues entscheiden. Die nächste Generalversammlung (1914) wird in Leipzig abgehalten.

Schließlich wurde beschlossen, an den diesjährigen Gewerkschaftskongress und den Sozialdemokratischen Parteitag folgende

Resolution zu richten:

Nach dem Zeugnis weitester Kreise der Arbeiterbewegung ist es den im Deutschen Sängerbund vereinigten Arbeitergesangvereinen gelungen, den Beweis ihrer Existenzberechtigung zu erbringen durch anerkannt hochstehende Leistungen namentlich durch die Mitwirkung bei bestehenden und künstlerischen Veranstaltungen der Bildungsausschüsse der modernen Arbeiterbewegung. Die Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbundes zu Stuttgart erklärte unter besonderem Hinweis auf den § 2 des Bundesstatuts, daß sie in der tatkräftigen Unterstützung der Arbeiter-Sänger in ihren Bestrebungen auch fernere die vornehmste Aufgabe aller Arbeitergesangvereine in Stadt und Land erblickt. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, dem gegenwärtig etwa 2500 Vereine mit über 150 000 Mitgliedern angehören, bittet den Gewerkschaftskongress (Parteitag der Sozialdemokratischen Partei), von dieser Erklärung Kenntnis zu nehmen

